

# FreiRaum

Für eine Welt ohne Atom- und Uranwaffen  
Für die friedliche Nutzung des Weltraums

Nr. 4 / Dezember 2006  
5. Jahrgang

## 2020 Vision – meine Erinnerung an die atomwaffenfreie Welt

**Ziele sind Träume mit einem Datum. Regina Hagen hat auf der Jahrestagung des Trägerkreises „Atomwaffen abschaffen- bei uns anfangen“ sich gedanklich in die Zukunft versetzt und auf den erfolgreichen Kampf für eine atomwaffenfreie Welt zurückgeblickt:**

9. August 2020. Erschöpft lasse ich mich ins Bett fallen. Ich habe zwar gerade erst geduscht, bin aber schon wieder schweißnass. Ich weiß, ich werde schlafen wie ein Stein, aber dennoch schwöre ich mir: Nie wieder Japan im Hochsommer.

Aber jetzt gibt es ja auch keinen Grund mehr. Jetzt, 75 Jahre nach den Bomben auf Hiroshima und Nagasaki, haben wir es schließlich geschafft. Sie ist wahr geworden, unsere ‚2020 Vision‘. Der Direktor der Internationalen Atomenergieorganisation in Wien hat vor wenigen Stunden, um 12 Uhr mittags Ortszeit, vor hunderten Fernsehkameras und tausenden geladenen Gästen feierlich erklärt: „Der Geist ist zurück in der Flasche. Die Welt ist atomwaffenfrei!“

Ich drehe mich im Bett, denke zurück an die letzten Tage, die Feierlichkeiten hier in Nagasaki und zuvor schon in Hiroshima. Ich denke an die vielen Freunde, die diesen Tag so ersehnt, nicht aber erlebt haben. Vor allem die Hibakusha, die Überlebenden der beiden Bomben Little Boy und Fat Man. Die letzten von ihnen waren heute noch mal dabei, alte Männer und Frauen, zerbrechlich wie ein Blatt im Herbst, müde von ihrem Kampf um die Abschaffung der ultimativen Waffe.

Müde bin ich auch, alt geworden und ganz grau. Unerwartet weht eine frische Brise durchs offene Zimmerfenster und ich räkle mich, plötzlich vergnügt. Zum Antikriegstag am 1. September treffen wir uns alle wieder, die alten Kämpen vom Trägerkreis ‚Atomwaffen abschaffen – bei uns anfangen!‘ Peter Beckers Weingut haben wir uns ausgesucht zur formellen Schließung unseres Vereins: Mission accomplished – die Welt ist atomwaffenfrei!

Meine Gedanken schweifen zurück. 2003, da fing das eigentlich an, als Bürgermeister Akiba aus Hiroshima nach Genf zur Konferenz des Nichtverbreitungsvertrags kam und die 2020 Vision der Mayors for Peace, der Bürgermeister für den Frieden, bekannt gab. Er forderte, Verhandlungen über ein vollständiges Verbot von Atomwaffen durch eine Nuklearwaffenkonvention aufzunehmen und die Umsetzung der Konvention im Jahr 2020 abzuschließen. Statt Schritten nach vorn gab es 2005 aber einen

bitteren Rückschlag, als die Überprüfungs-konferenz des Nichtverbreitungsvertrages scheiterte und sich die Diplomaten nicht einmal auf eine Abschlusserklärung einigen konnten.

Dann konnte der Knoten aber doch aufgelöst werden. Ich muss grinsen: Die Tagung in Bad Boll fällt mir ein, damals, 2006, als wir uns gemeinsam verbündeten: die GraswurzelaktivistInnen, die Politiker und auch Lüdeking, der alte Hase vom Auswärtigen Amt.

Unser Aktionsplan als Ergebnis der damaligen Podiumsdiskussion war der Schlüssel für das deutsche Regierungsengagement im Überprüfungszyklus des Nichtverbreitungsvertrags.

Lüdeking wurde danach zum Sonderemissär der Bundesregierung ernannt, und er hat es tatsächlich geschafft: Alle 44 nötigen Staaten ratifizierten den CTBT, den umfassenden Atomteststoppvertrag. Seine Kollegen in Genf waren auch erfolgreich: Der FMT, das Verbot allen waffengrädigen Spaltmaterials, wurde erfolgreich verhandelt, trat 2009 in Kraft und wurde seither konsequent umgesetzt.

Im gleichen Jahr wurde auch das Grundgesetz erweitert und Deutschland juristisch wie faktisch atomwaffenfrei. Zur NVV-Konferenz 2015 wurde die atomwaffenfreie Zone Europa realisiert. Ach ja, und natürlich das neue NATO-Konzept, verabschiedet 2009, in dem das Bündnis seine Nukleardoktrin begrub und damit ein Paukenschlagzeichen setzte. Auch dazu hatte Deutschland seinen Teil geleistet mit dem Verzicht auf seinen Sitz in der Nuklearen Planungsgruppe der NATO.

Der US-Regierung hatte das zwar nicht gepasst, aber selbst die hatte die Bush-Doktrin damals ja schon begraben und positive Zeichen gesetzt. Und, klar, das Friedensabkommen im Nahen Osten von 2012. Wie hatten wir damals gefeiert – endlich auch hier die Atomwaffengefahr gebannt.

Fortsetzung S. 2 →

## Aus dem Inhalt:

### Aktion

Atomausstieg selber machen S. 2

### Schwerpunkt

Bush macht den Weltraum zur  
Kriegszone  
Das Global Network wehrt sich  
S. 3-5

### Atomwaffen abschaffen

Strafanzeigen gegen Politiker  
gestellt  
Die GAAA und der Trägerkreis  
ziehen Bilanz und planen neue  
Aktionen S. 6-9

### Abgereichertes Uran

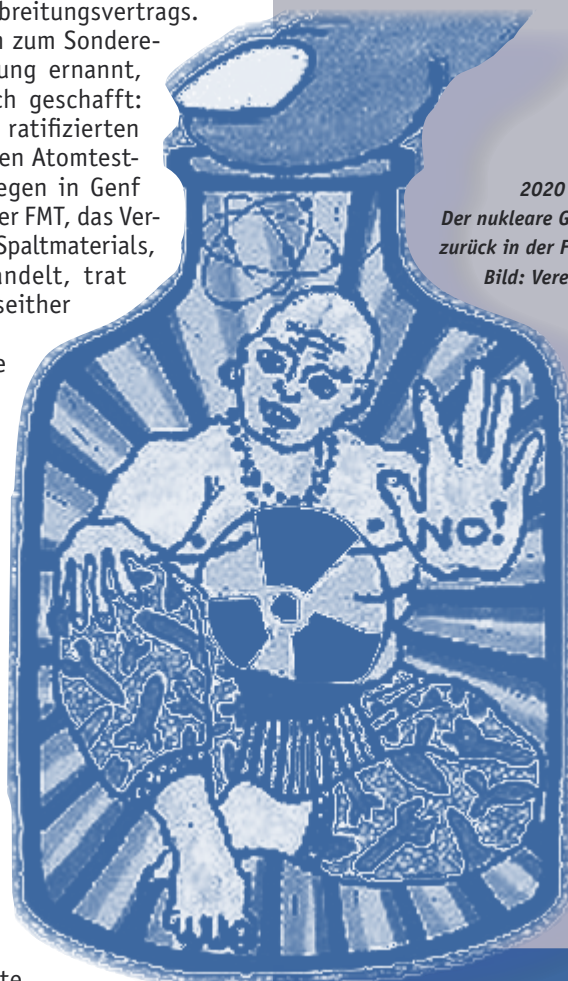
Der Kampf um die Wahrheit  
ist schwer S. 10-11

### Weißbuch

Kritik und jugendlicher  
Protest gegen die atomaren  
Bundeswehrplanungen S. 12-14

### Portraits

Nina Eisenhardt, Lotte Rodi,  
Ernst Schwarcz S. 15



2020 Vision:  
Der nukleare Geist ist  
zurück in der Flasche!  
Bild: Verena Veit



Gewaltfreie Aktion  
Atomwaffen Abschaffen



Pressehütte

*Liebe FriedensfreundInnen, „Die Deutschen müssen das Töten lernen“ titelte der Spiegel im November. Dieses Zitat eines unbenannten US-Regierungsvertreters aus der Debatte um die deutschen Truppen in Afghanistan ist nur ein Beispiel für die spürbare Militarisation, die in den vergangenen Monaten zu verzeichnen ist. So schreibt die Bundesregierung den schon begonnenen Umbau der Bundeswehr zur internationalen Eingreiftruppe sowie die Fortsetzung der nuklearen Teilhabe im aktuellen Weißbuch der Bundeswehr fest (mehr S.12). Mit dem Bundeswehreininsatz vor der Küste des Libanon ist Deutschland jetzt in einer weiteren Konfliktregion der Welt militärisch engagiert. Aber auch international scheint die Logik der militärischen Gewalt und Abschreckung um der Sicherheit willen, notfalls auch mit Atomwaffen, unangefochten. So beschloss die NATO bei der Gipfelkonferenz am 29.11. in Riga, dass die nukleare Abschreckungsdoktrin weiter gilt. Zum Beispiel fanden allein im November sowohl in Frankreich, Pakistan und Indien als auch in Russland und im Iran Tests mit atomwaffenfähigen Raketen statt. Aktive Gewaltfreiheit ist nicht im Trend, ja wird offensichtlich auch kaum als Handlungsoption wahrgenommen. Umso weniger, je mehr der gesellschaftliche Druck durch Arbeitsmarktsituation etc. steigt. Wie gehen wir als Friedensbewegung damit um? Wir setzen dem Trend entgegen: Nicht das Töten, sondern die aktive Gewaltfreiheit und Solidarität müssen wir lernen! Im „Weihnachts-FreiRaum“ gibt es außer den Negativ-Nachrichten diesmal auch viele ermutigende Zeichen der Hoffnung, wie z.B. die Geschichte der „Tauben im Sand“ (S.7) oder den Offenen Brief von 45 Jugendlichen zum Weißbuch (S.11.) oder Aktion und Fest zur bereits seit 10 Jahren aktiven GAAA (S.6) oder den erfolgreichen Start der einjährigen Blockade-Aktion Faslane 365 in Schottland (S.12). Ein großes Dankeschön an alle treuen LeserInnen und SpenderInnen im vergangenen Jahr! Damit wir weiter mit dem FreiRaum aktiv bleiben können, bitten wir herzlich um eine Weihnachtsspende. Allen Leserinnen und Lesern wünschen wir viel inneres Licht für die dunkle Jahreszeit und erinnern daran: Wenn die Nacht am tiefsten ist, ist der Tag am nächsten!*

**Die FreiRaum-Redaktion**  
 Roland Blach, Julia Kramer,  
 Marion Küpker,  
 Wolfgang Schlupp-Hauck

# Abschalten statt Atome spalten

**Unser Widerstand gegen die gefährlichen Zwillinge „Atomenergie-Atombombe“ sollte aus möglichst vielen Richtungen kommen. Privat ist der sofortige Ausstieg aus der Atomenergie problemlos möglich. Wer noch Atomstrom bezieht, sollte seinen guten Vorsätzen fürs neue Jahr den Stromanbieterwechsel hinzufügen.**

Etwa die Hälfte des deutschen Stroms wird in Kohlekraftwerken erzeugt und ein weiteres Viertel in Atomkraftwerken. Drei Viertel der deutschen Stromproduktion gefährden also noch immer unsere Zukunft und das, obwohl die Klimaschädlichkeit der Kohleverstromung außer Frage steht und spätestens seit Tschernobyl die Gefahren der Atomkraft von niemandem mehr geleugnet werden können.

Mehr als drei Viertel des Strommarktes teilen sich die vier großen Konzerne EON, EnBW, RWE und Vattenfall Europe. Ökostrom hat bereits 10% Marktanteil erreicht. Das ist aber noch lange nicht genug.

Als VerbraucherInnen können wir dies ändern, wenn wir unseren Strom von einem Anbieter kaufen, der ausschließlich Ökostrom liefert und sich vertraglich verpflichtet, einen Teil des Strompreises in neue Anlagen zu investieren. So wird der Ökostrom-Anteil wachsen. Es kommt also sehr darauf an, von wem wir unseren Strom beziehen!

Obwohl die Mehrheit gegen die Nutzung der Atomkraft ist, kaufen bisher nur etwa 1% der Haushalte ihren Strom von Anbietern regenerativer Energiequellen. Dabei ist Ökostrom nicht wesentlich teurer als Egalstrom, denn 2005 haben die großen Atomstromkonzerne ihre Monopolstellung ausgenutzt und die Durchleitungsgebühren für die Nutzung ihrer Stromnetze erhöht.

## STROMWECHSEL - JETZT

Wir müssen darauf achten, dass unser Stromanbieter keine Verbindungen zu Atomkraftwerksbetreibern besitzt. Atomstromproduzenten haben häufig auch „Öko“-Angebote wie HEW Newpower, Eon Aquapower oder gründen „Tarnfirmen“ wie NaturEnergie. Bei diesen Angeboten wird beispielsweise Strom aus alten bestehenden Wasserkraftwerken als Ökostrom deklariert und teurer verkauft.

→ Fortsetzung von S. 1

Aufregende Zeiten waren die vergangenen Jahre, viele Puzzleteile mussten zusammengetragen werden, um die Atomwaffenfreiheit der Erde in einer Atomwaffenkonvention verbindlich festzulegen und umzusetzen.

Und morgen geht's endlich zurück nach Hause. Ich freue mich schon auf den Gang zur Arbeitsagentur. Das Überbrückungsprogramm der Regierung für arbeitslose Abrüstungsexperten wird mir die wenigen Jahre bis zur Rente leicht machen. Endlich mal viel Zeit für andere Dinge, ja, das wird schön.



atomausstieg-selber-machen.de

Das ändert dann nichts. Ganz im Gegenteil: Wenn ein solcher Anbieter seinen „Öko“-strom teuer an Sie verkaufen kann, kann er im Gegenzug seinen Atomstromenthaltenden Rest an Leute, die keinen Wert auf „Öko“ legen, um so billiger verkaufen. Sie würden also ungewollt Atomstrom subventionieren!

Ein Wechsel zu einem wirklichen Ökostromanbieter ist übrigens ganz einfach! Sie brauchen sich nach der Vertrags-Unterschrift um nichts mehr zu kümmern: Ihr neuer Ökostromanbieter übernimmt alle Formalitäten des Wechsels. Ihre Stromversorgung bleibt zu jedem Zeitpunkt sicher. Wer Hilfe und weiterführende Infos braucht findet sie im Internet: <http://stromwechsel-jetzt.de>. **mk ●**

## Wir empfehlen:

- **Elektrizitätswerke Schönau GmbH**  
 Telefon: 07673 - 888 50;  
[www.ews-schoenau.de](http://www.ews-schoenau.de)
- **Greenpeace energy eG**  
 Telefon: 040 - 808 110 330;  
[www.greenpeace-energy.de](http://www.greenpeace-energy.de)
- **Naturstrom AG**  
 Telefon: 0211-77900-444;  
[www.naturstrom.de](http://www.naturstrom.de)

### Auswahlkriterien für unsere Empfehlungen:

1. Der Anbieter hat keine Verflechtung mit Betreibern von Atom- oder Kohlekraftwerken oder Handel aus diesen Quellen.
2. Der Strommix muss zu mindestens 50 % aus erneuerbaren Energien stammen. 50 % dürfen aus mit Gas betriebenen Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen stammen.
3. Der Anbieter fördert nachweislich neue Anlagen zur Stromerzeugung aus regenerativen Quellen.
4. Die Daten über Stromlieferung, Stromgewinnung und Investitionen in Neuanlagen müssen einsehbar und transparent sein.
5. Der Anbieter muss bundesweit tätig sein, so dass alle StromkundInnen im Bundesgebiet zu ihm wechseln können.

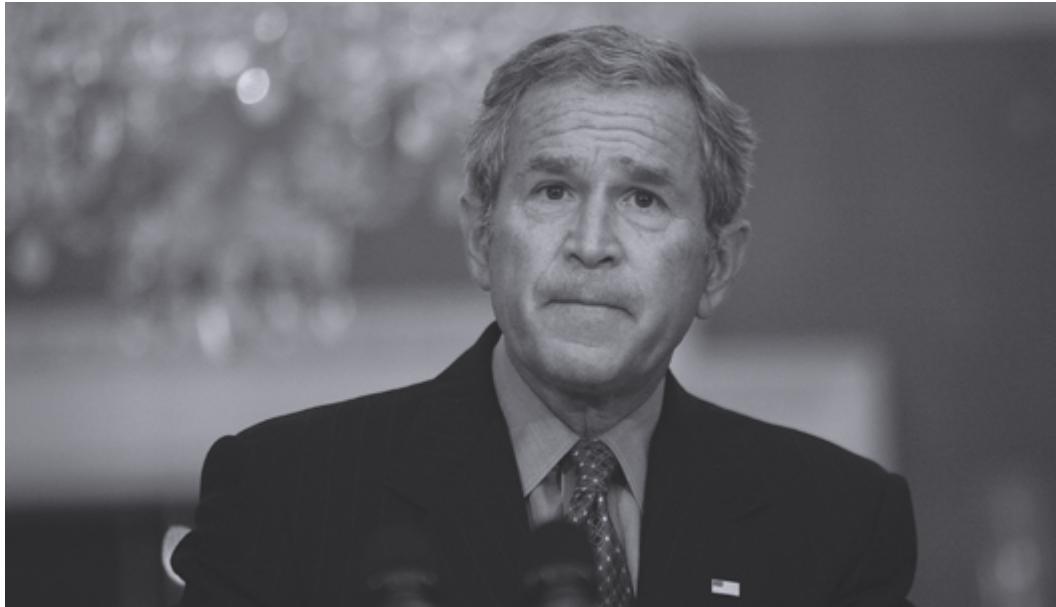
An dieser Stelle fallen mir die Augen zu. War ja auch anstrengend gewesen, der Kampf um die Vision für 2020 und die atomwaffenfreie Welt...

**Regina Hagen ●**

Dieser Artikel wurde geschrieben für den Tagungsband „Atomwaffen. Eine Herausforderung für den Frieden“, Hrsg. Manfred Budzinski, edition akademie Nr. 17, ISBN 978-3-936369-23-6, € 13. Er erscheint im Januar 2007.

# Complex 2030 statt 2020 Vision Keine Lust auf Völkerrecht und Abrüstung

Die kriegerischen Vorstellungen von US-Präsidenten Bush reichen über das Jahr 2020 hinaus. Bevor er abdankt, will er noch Fakten schaffen. Er will das US-Atomwaffenarsenal modernisieren und erklärt die USA zum alleinigen Herrscher über den Weltraum.



## Atomare Sprengsätze für die Zukunft?

Der neueste Plan der Bush-Administration „Complex 2030“ soll den Einstieg in den Bau neuer Generationen von Atomwaffen möglichst unumkehrbar machen. 2.200 neue Atombomben sind geplant. Als erster Schritt sollen neue Atomwaffenfabriken gebaut oder die bisherigen Labore umgebaut werden.

Dafür ist zur Zeit eine Umweltverträglichkeitsstudie aufgelegt. Die Nationale Nukleare Sicherheitsbehörde (NNSA) führt pflichtgemäß Bürgeranhörungen durch. Auf ihnen fragt Xavier Asciano, wie Otfried Nassauer berichtet, „Würden Sie lieber permanent Ihr Altauoto reparieren oder lieber einen Ersatzwagen kaufen, der die gleiche Leistung bringt und bessere Sicherheits-einrichtungen hat?“. Aber er verkauft keine Autos sondern neue Atomwaffen: „Reliable Replacement Warheads“.

Das dem Complex 2030 zugrundeliegende Strategiepapier stammt aus dem Jahr 2005. Die USA sollen auch in ferner Zukunft die global führende Nuklearmacht sein und benötigen dafür „einige tausend“ moderne Atomwaffen.

Seit drei Jahren versucht Bush, Gelder für die neuen Atomwaffen zu bekommen. Der Kongress hat das Okay bisher verweigert. Nach Bushs Wahlniederlage besteht die Hoffnung, dass dies so bleibt und der Plan für den „Complex 2030“ wieder in den Schubladen des Energieministeriums verschwindet.

Die Ankündigung der NNSA zum Complex 2030 ist zu finden unter: <http://a257.g.akamaitech.net/7/257/2422/01jan20061800/edocket.access.gpo.gov/2006/pdf/E6-17508.pdf> Einspruch dagegen kann per e-Mail erhoben werden: [Complex2030@nnsa.doe.gov](mailto:Complex2030@nnsa.doe.gov)

Die neue „National Space Policy“ ist dokumentiert unter: <http://www.ostp.gov/html/US%20National%20Space%20Policy.pdf>

## Weltraum als Schlachtfeld der Zukunft?

Seine aggressive Außenpolitik hat US-Präsident Bush auch in den Weltraum ausgedehnt. Er unterzeichnete eine neue „Nationale Weltraumpolitik“ (National Space Policy). Die Dominanz im Weltall wird zur offiziellen US-Politik. Völkerrecht darf den Handlungsspielraum nicht einschränken. Anderen Nationen, die US-Interessen gefährden, soll der Zugang zum Weltraum versperrt werden.

Das 10-seitige Papier wurde ohne Ankündigung Ende November auf der Website des „Office of Science and Technology Policy“ veröffentlicht. Es fasst offiziell in Worte, was seit längerem US-Politik ist und vom Global Network Against Weapons and Nuclear Power in Space immer wieder kritisiert wird. Das US-Militär hat bereits Milliarden von Dollar für die Entwicklung von Weltraumwaffen ausgegeben, für Angriffe auf Satelliten und Attacken auf irdische Ziele.

Die Erklärung des Pentagon, dass die Bush-Weltraumdoktrin lediglich die vor zehn Jahren veröffentlichte „National Space Policy“ von Bill Clinton fortsetze, ist Augenwischerei. Oberstes Ziel des Bush-Papiers ist die weltweite militärische Sicherung und Durchsetzung der US-Interessen. Clinton hatte noch anders formuliert: Er wollte „das Wissen über die Erde, das Sonnensystem und das Universum steigern“.

Die Vision des Weltraumvertrages, den Weltraum als gemeinsames Erbe der Menschheit friedlich zu nutzen, wird durch Bush umgedreht, er verwandelt den Weltraum in ein Kriegsgebiet.

Das Vorstandsmitglied des Global Network Karl Grossmann erklärt: „Wir werden nicht zulassen, dass eine solche Politik heimlich still und leise eingeführt wird!“

wsh ●

## Zwischenruf zu den US-Wahlen

US-Präsident Bush hat seine Mehrheiten im Kongress und im Repräsentantenhaus verloren. Das lässt auf andere Akzente in der US-Politik hoffen. Doch Bruce Gagnon, der Koordinator des Global Network Against Weapons and Nuclear Power in Space, warnt vor großen Hoffnungen und erklärt:

### Der Kampf geht weiter

Die Veränderungen im Kongress sind der großen Opposition gegen die Besetzung des Irak zu verdanken. Die Ausdauer der Friedensbewegung half, die Parteiaktivisten in diesem Wahljahr anzutreiben. Werden die Friedensaktivisten dafür belohnt? Viele demokratische Abgeordnete treten für einen unklaren schleichenden Abzugsplan ein. Aber die Partei ist gespalten zwischen einer Basis, die auf einen schnellen Abzug drängt und einer herrschenden Gruppe von Außenpolitikern, die einen überhasteten Rückzug als schädlich für die Interessen der USA und der Partei sehen.

Von der Studiengruppe zum Irak ist keine Überraschung zu erwarten, den Vorsitz hat der texanische Ölin dustrielle James Baker. Meine Interpretation dafür: „Die Unternehmen kontrollieren weiter den neuen Kongress, eine wirkliche Basis für einen Wandel ist noch nicht zu erkennen.“

### Was hat die Friedensbewegung nun zu tun?

Wir müssen weiterhin den sofortigen Rückzug aus dem Irak fordern. Wir müssen für eine Halbierung der Militärausgaben und die Konversion des militärisch-industriellen Komplexes eintreten. Wir müssen ein Ende der Forschungen für den Krieg der Sterne und an neuen Atomwaffen fordern. Wir müssen dafür eintreten, dass Vorwürfe gegen Bush und Cheney, die zu einer Amtsenthebung führen können, verfolgt werden.

Wir müssen mit den Demokraten ungeduldig sein. Wir dürfen uns nicht sagen lassen, „wartet“, „gebt ihnen eine Chance, gebt ihnen zwei Jahre und dann lasst sie das Weiße Haus zurückerobern, bevor wir zu viel von Ihnen verlangen.“

Gebt Euch selbst nicht auf. Ihr habt mit dazu beigetragen, diese neue demokratische Parteienkontrolle für den Kongress aufzubauen. Zwingt die Parteien mit Euren fortgesetzten Aktivitäten, auf Eure Forderungen zu antworten. Wir müssen weiter kämpfen, heftiger als bisher, um die Chance zu nutzen, diesen Krieg zu beenden.

Bruce Gagnon,

Main USA, Koordinator des Global Network Against Weapons and Nuclear Power in Space ●

## Jahrestagung des Global Network 2007 in Deutschland

50 Orte nahmen im Herbst an der World Space for Peace Week des Global Network Against Weapons and Nuclear Power in Space teil. Dort wurde u.a. die zunehmende Militarisierung des Weltraums angeprangert. Eine Schlüsselrolle spielt dabei die europäische Weltraumpolitik.

Am europäischen Kontrollzentrum ESOC wird während der Jahrestagung des Global Network daher eine Flugblattaktion organisiert und auf die Entwicklung hingewiesen: Zunehmend wird der Weltraum militärisch genutzt. Schrittmacher sind die aggressiven Weltraumpläne der USA. Die neue US-Spionagestation in Darmstadt wird folgerichtig zweiter Demonstrationsort.

Die Jahrestagung des Global Network findet statt vom 22. bis 24. März 2007 in Darmstadt. Neben einer Podiumsdiskussion zu deutschen Möglichkeiten, ein Wettrüsten im Weltraum zu verhindern, sind Aktion, Information, Diskussion, Strategieplanung und natürlich auch der informelle Austausch geplant. Die Tagung soll das Thema in der deutschen Friedensbewegung bekannter machen, daher wird die Tagung teilweise auf deutsch stattfinden.

Merken Sie sich diesen Termin vor und fragen sie unter:

<gn\_darmstadt2008@yahoo.de> nach weiteren Details. Und falls Sie vor oder nach dem Treffen bei sich zu Hause eine Veranstaltung zu Weltraum oder Atomwaffen mit einem der auswärtigen Gäste aus den USA, Indien und anderen Ländern organisieren können, melden Sie sich bitte in der Pressehütte. Sie würden sich über eine Einladung freuen.

**Regina Hagen** ●

## Sky and Space Intergroup für „Worst EU Lobby Award“ nominiert

### Ein Schwarzes Loch in Sachen Transparenz

Die „Sky and Space Intergroup“ bringt offiziell Mitglieder des Europa-Parlaments zusammen, die zu Luft- und Raumfahrt arbeiten. Das Sekretariat der Intergroup wird jedoch von der Aerospace and Defence Industries Association of Europe (ASD) geleitet. Der Lobbyverband der Luftfahrt- und Luftwaffenindustrie tritt für die Liberalisierung seines Sektors ein und drängt die EU dazu, Gelder der Steuerzahler für Forschung und Entwicklung in seinem Industriesektor einzusetzen.

www.worstlobby.eu,

jk ●

# Protest gegen den geheimen Horchposten

**Die Schutzhüllen der Radarschirme auf den US-Horchposten sehen aus wie riesige weiße Golfbälle. Was darunter vorgeht ist Top Secret. In Bad Aibling sind die Radarschirme verschwunden. Doch in Griesheim wurden sie wieder aufgebaut. Das Global Network Against Weapons and Nuclear Power in Space plant dort im März 2007 zu seiner Jahrestagung eine Demonstration.**

Auf dem Griesheimer Flugplatz „August Euler“, direkt an der westlichen Stadtgrenze von Darmstadt, begann man im Dezember 2003 mit dem Bau einer neuen Basis. Dorthin wurde die Spionageeinheit „105th Military Intelligence Battalion, 66th MI Group“ aus Bad Aibling südlich von München verlegt.

1968 war Bad Aibling die erste durch Satellitentechnologie gestützte Spionageeinrichtung. Ab 1971 wurde sie von der NSA (National Security Agency) betrieben. 1994 wurde die Zuständigkeit von der NSA auf das INSCOM übertragen (Army Intelligence and Security Command). Die Station wurde Teil des SIGNIT Netzwerkes (Signals Intelligence), militärischer Horch- und Überwachungsposten.

Eine Untersuchung der Europäischen Union von 2002 fand heraus, dass seit Ende des Kalten Krieges dort und in ähnlichen Basen mit dem computergestützten Echolon Wirtschaftsspionage betrieben wurde, die europäischen Firmen Milliardenverluste bei Verträgen mit US-Firmen zufügen konnte. Tatsächlich hatten bereits acht Jahre zuvor aus einem Ballon aufgenommene Infrarotaufnahmen von Bad Aibling gezeigt, dass die Empfangsantennen unter den „Golfbällen“ nicht nach Osten gerichtet waren, wie die USA behauptete, sondern nach Westen in die Richtung ihrer Verbündeten. Bad Aibling sollte geschlossen und große Teile des Personals sollten auf die Basis Menwith Hill im Vereinigten Königreich verlegt werden.

Nach dem 11. September 2001 wurde die Schließung Bad Aiblings jedoch bis 2004 ausgesetzt. Erst dann wurden die letzten 169 Soldaten und 12 Zivilangestellte nach Griesheim versetzt.

Was in Griesheim genau vor sich geht ist zwar „top secret“, aber die Bedeutung der Überwachung und Datensammlung durch SIGNIT in Zeiten von internationalen Spannungen ist offensichtlich. Die gleichartige, aber viel größere Basis in Menwith Hill wurde ausgezeichnet für ihre Unterstützung der US-Seeoperationen im Persischen Golf von 1987 bis 1988 und für die Unterstützung während des Irak-Krieges 1991.

Die enge Verbindung zwischen weltraumge-



Dave Webb in Menwith Hill, Foto: CND Yorkshire

stützter Aufklärung und Militäroperationen machte der damalige Direktor der NSA vor dem US-Kongress deutlich: „In Zukunft sind die US-Streitkräfte von Weltraumsystemen abhängig, um weltweit Bedrohungen zu erkennen, und wegen der Treffsicherheit der „intelligenten Waffen“. Unser Ziel ist es, alles was weltweite Bedeutung hat, zu entdecken, zu verfolgen und ins Visier zu nehmen, sowie die richtige Information den richtigen Leuten zur rechten Zeit zu geben.“

Um „treffsichere militärische Feuerkraft überall in der Welt, Tag und Nacht, bei jedem Wetter“ ausüben zu können, sind die US-Militärs scharf darauf, so viele europäische Verbündete wie möglich einzubeziehen.

Das gilt für das Vereinigte Königreich durch die Spionagestation in Menwith Hill und ebenso durch die Radarstation in Fylingdales in North Yorkshire. Sie dient zur Frühwarnung, Kursverfolgung und Zielplanung für die US-Raketenabwehr.

Basen wie Menwith Hill und Griesheim sind auch eng eingebunden in den aktuellen Skandal der illegalen Überwachung von US-Bürgern und der Vereinten Nationen durch die Bush-Administration.

Heute, wo die Pläne der US-Regierung nach weltweiter Herrschaft einige Rückschläge im Irak und durch die Wahlurne erleiden, ist es notwendig und der richtige Zeitpunkt, die Aufmerksamkeit auf die US-Basis Griesheim zu lenken.

Wir müssen unsere Bemühungen in Europa ausweiten, um den Weltraum frei von nuklearen Energiequellen und Waffen zu halten, als Schritt in unserer langfristigen Strategie für wirklichen Frieden und Sicherheit. Die Demonstration in Griesheim ist ein wichtiger Schritt. **Dave Webb** ● Lektor im Fachbereich Ingenieurswesen der Metropolitan University Leeds, Vorstandsmitglied des GlobalNetwork Against Weapons and Nuclear Power in Space.



Umzug - noch ist eine Antenne zu sehen.

Foto: pg-fotos

# Das Kino ist Wegbereiter für eine neue Atomwaffengeneration

Wenn in Hollywood Kriegs- und Science-Fiction-Filme gedreht werden, dann ist das Pentagon oft mit von der Partie. Es unterstützt Produzenten, wenn die Streifen dem Programm „Krieg“ zuarbeiten. Kritische Kinobeiträge erhalten eine Abfuhr. In „Science Fiction Filmen“ wird die Botschaft der guten Atombombe verbreitet.

Schon im frühen Science-Fiction „When Worlds Collide“ (USA 1951) sahen die Zuschauer, wie ein auf die Erde zurasender Komet durch eine Atombombe abgewehrt werden soll. Nach dem Ende des Kalten Krieges folgten mehrere vom Pentagon unterstützte Filmproduktionen: die NBC-Serie „Asteroid“ (USA 1996/97), „Armageddon“ (USA 1998) und „Deep Impact“ (USA 1998). Filme dieser Art sind nichts anderes als eine massenkulturelle Vorbereitung und Bewerbung von Atomwaffen einer neuen Generation.

In allen Fällen spielen technologische Eindringlinge, wie sie auch die neuen „Robust Nuclear Earth Penetrators“ erhalten sollen, eine wichtige Rolle. In „Deep Impact“ erweist sich die Bohrtechnologie für den tiefen Einsatz von Nuklearsprengköpfen als noch unzureichend. In „Armageddon“ liefert die Ölförderindustrie die passende Hightech für eine Bohrtiefe von 300 Metern. Bisweilen wird die Bedrohung auch ins Erdinnere verlegt, doch das nukleare Lösungsmuster bleibt das gleiche. In „Scorcher“ (USA 2002) müssen die USA im Untergrund der Erde „thermonuklear“ intervenieren, weil unterirdische Atomtests Chinas den gesamten Planeten in Unordnung gebracht haben. Im wiederum vom Militär geförderten Film „The Core“ (USA 2003) stehen perfekte Laser-Anwendungen zur Verfügung, die viele tausend Meter bis zum Mittelpunkt der Erde vordringen! In der TV-Produktion „Descent“ (Kanada 2005) müssen zur Verhinderung einer Katastrophe 25 Meilen unter der Erdoberfläche Nuklearsprengsätze gezündet werden. Dafür wird eine Technologie des Eindringens benutzt, wie es sie nie zuvor bei Bergbaubohrungen gegeben hat.

## Filme werben für neue Atombomben

Nun kann dem Kinobesucher glaubwürdig vermittelt werden, dass atomare Bunkerbrecher bzw. Erdpenetratoren nicht nur im Weltall das Überleben sichern und dass sie mit Blick auf die bewohnte Oberfläche unseres Planeten niemandem Sorge bereiten müssen. Die Botschaft lautet: „Wir brauchen, um gegen die schlimmsten Katastrophen gefeit zu sein, unbedingt Atombomben, die tief ins Erdreich bzw. in Gesteinsschichten eindringen können.“

Während die minimale Eindringtiefe der neuen Atomwaffengeneration real eine riesige Bedrohung darstellt, gibt es auf der Lein-



wand schon vorweg die Entwarnung: Die radioaktive Strahlung bleibt im Weltraum oder tief im Erdreich unter Verschluss.

Auch wenn Außerirdische die Erde bedrohen hilft die Atombombe. Bereits im Science-Fiction-Film „War Of The Worlds“ (USA 1953) war ein Atompilz nur für die Feinde gefährlich. In „Battlefield Earth“ (USA 2000) sind die Menschen einer fernen Zukunft angesichts der Besatzung durch außerirdische Rohstoffimperialisten dankbar, dass ihre Vorfahren vor langer Zeit ein nunmehr sehr nützliches Atomwaffenarsenal zusammengestellt haben. In „Independence Day“ (USA 1996) wurde vorausschauend eine Lanze gebrochen für „kleine“ Hightech-Kernwaffen.

## Der Macht der Bilder entgegentreten

Unterhaltungskino in diesem Stil dient der offensiven Bewerbung neuer militärischer Nukleartechnologien. Beiträge der Filmgeschichte, die nachdenklich stimmen, muss man in kommerziellen Videotheken mit der Lupe suchen. Fast alle Filmgenres sind heute militarisiert. Die Zivilgesellschaft muss Strategien wider das Kulturdiktat der Bellizisten entwickeln.

Peter Bürger ist freier Publizist und Theologe in Düsseldorf, langjähriges Pax Christi-Mitglied. Er schrieb das Buch Kino der Angst, erschienen im Schmetterling Verlag 2. erweiterte Auflage 2006, 29,00€, ISBN 3-89657-472-8 ●



## ESA fördert Zusammenarbeit mit dem Militär

Auf Einladung der europäischen Weltraumagentur ESA tagte die WEU und die EISC im europäischen Raumflughafen Kourou, Französisch-Guayana. Die WEU ist Europas einziges interparlamentarisches Gremium für Sicherheit und Verteidigung. Sie wurde 1954 ins Leben gerufen. Der WEU-Vertrag sieht in Artikel V eine bedingungslose gegenseitige Beistandsverpflichtung und in Artikel IV eine enge Bindung an die NATO vor. Die Europäische Interparlamentarische Weltraumkonferenz (EISC) wurde 1999 als ständiges Forum für Zusammenarbeit zwischen den nationalen europäischen Parlamenten gegründet. Unter den zahlreichen Teilnehmern der Konferenz befanden sich Abgeordnete aus europäischen Parlamenten und dem Europaparlament, Vertreter der europäischen Streitkräfte, des Satellitenzentrums der EU sowie führende Köpfe aus Europas Raumfahrtindustrie. Sie diskutierten über die verschiedenen sicherheits- und verteidigungspolitischen Aspekte der europäischen Raumfahrtspolitik mit besonderem Schwerpunkt auf den technologischen und industriellen Kapazitäten, die zur Umsetzung einer solchen Politik notwendig sind.

## Perchlorate aus Raumfahrt in Nahrungsmitteln

In einem Bericht der National Academy of Sciences (NAS) wird festgestellt, dass Perchlorate, eine Beimischung aus dem Treibstoff von Raketen, nicht nur in der Nähe von Militärbasen, sondern im Trinkwasser von 35 Staaten der USA und in 93% der Milch und im Salat nachzuweisen sind.

Die Umweltschutzbehörde EPA (Environmental Protection Agency) widerspricht mit ihren Standards für Trinkwasser dem Verteidigungsministerium. Sie geht von einer 10-fach höheren Giftigkeit aus. Die Perchloratbelastung in den USA sei 30.000 mal höher was die EPA für gesundheitlich unbedenklich hält. Um Schadensersatzforderungen zu vermeiden drängt das Verteidigungsministerium den Kongress, eine Verordnung zu verabschieden, dass das Militär aus Gründen der nationalen Sicherheit nicht an die Umweltschutzverordnungen gebunden wäre. wsh ●

## Keine Bestätigung

Im letzten FreiRaum hatten wir berichtet, dass in Neuseeland möglicherweise ein Stück radioaktiver Weltraummüll verglüht ist. Bei dem untersuchten Stück hat sich glücklicherweise der Verdacht nicht bestätigt. wsh ●

## Senatsbesetzung in den USA

Mit einer bemerkenswerten Aktion protestierten über 100 gewaltfreie Friedensaktivisten im Vorfeld der Zwischenwahlen in den USA gegen den Irakkrieg. Am Dienstag, den 26. September, drangen die Aktivist:innen in das Hart Senatsbürogebäude ein, vorbei an verletzten Senatsmitarbeitern, und besetzten den Senat für über eine Stunde. 71 Personen wurden festgenommen. Zuvor gelang es den Aktivist:innen überraschend, mit der Polizei zu vereinbaren, die unerlaubte Demonstration von außerhalb des Senatsgebäudes bis ins Gebäude selbst weiterzuführen. Die Aktion, über die die US-Medien ausführlich berichteten, wurde von vielen Passanten als „wahrhaftige Demokratie“ angesehen und führte zur 24-stündigen Blockade der Senatsarbeit.

## Militärstandorte in Deutschland im Kontext der EU-Militarisierung

Tobias Pflüger, Vorstandsmitglied der Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. und parteiloses Mitglied der Linkspartei/PDS-Fraktion des Europäischen Parlaments, reiste in den vergangenen 12 Monaten zu verschiedenen Militärstandorten in Deutschland. Er wollte damit die Bedeutung der unterschiedlichen Militäreinrichtungen für die Militarisierung in Deutschland und in der EU thematisieren. Die Besuche erfolgten dabei in enger Zusammenarbeit mit Friedensinitiativen, die sich vor Ort mit den einzelnen militärischen Einrichtungen beschäftigen. Vertreter:innen der jeweiligen Friedensgruppen vor Ort nahmen an den Besuchen teil. So können die dort gewonnenen Erkenntnisse und Einblicke für die lokale Friedens- und Antikriegsarbeit weiter verwendet werden. Die neu erschienene 44-seitige Broschüre will zum einen die erfolgte Besuchsreihe zu ausgewählten Militärstandorten in Deutschland dokumentieren und zugleich deren Bedeutung für die EU-Militarisierung hervorheben. Denn es sind letztlich auch diese einzelnen Standorte hier in Deutschland, die einen reibungslosen Ablauf der Militäreinsätze in aller Welt erst ermöglichen.

Zu Bestellen (1 EUR/Exemplar inkl. Porto) bei: Tobias Pflüger (MdEP), Verbindungsbüro für Soziale Bewegungen, Hechinger Str. 203, 72072 Tübingen, Tel: 07071-7956981, Fax: 01212-5-963-20-180, E-Mail: [bewegungen@tobias-pflueger.de](mailto:bewegungen@tobias-pflueger.de), Homepage: [www.tobias-pflueger.de](http://www.tobias-pflueger.de)

## Europaweite Aktion

# Anzeige gegen die Verantwortungsträger der NATO-Atomwaffenstrategie

**Im Vorfeld der NATO-Strategiekonferenz in Riga Ende November riefen Bombspotting Belgien und Greenpeace zu einem „NATO Complaint Day“ auf. In Deutschland erstatteten daraufhin 22 Personen in 11 Aktionen Anzeigen gegen Politiker und Militärs, verantwortlich für die Atomwaffenpolitik und deren Umsetzung in Deutschland. Europaweit kam es zu Anzeigen in über 50 Orten.**

„Atomwaffen sind in Europa genauso kriminell und illegal wie in Nordkorea oder dem Iran“, argumentierten Bombspotting und Greenpeace in ihrem Aktionsaufruf und beriefen sich dabei unter anderem auf das Gutachten des Internationalen Gerichtshof von 1996 und das Römische Statut. Die Anzeigen wegen Vorbereitung von Verbrechen gegen die Menschheit richtete sich



Andre Knaus, Tobias Bollinger und Julia Kramer gaben die Anzeige auf der Stuttgarter Polizeiwache auf

(Foto: Bollinger)

in Deutschland unter anderem gegen Bundeskanzlerin Merkel, Außenminister Steinmeier, Verteidigungsminister Jung, verantwortliche Soldat:innen und Diplomat:innen bei der NATO, der Luftwaffe, dem Militärstützpunkt Büchel, sowie gegen diejenigen amerikanischen Militärs im EUCOM, Stuttgart, und dem Militärstützpunkt Ramstein, die an der Verbreitung dieser Atomwaffen beteiligt sind und die ihren eventuellen Einsatz vorbereiten.

## Bundesweit angezeigt

In Deutschland wurden insgesamt elf Anzeigen bei lokalen Polizeiwachen aufgegeben. Zwar war die Aktion in Wetzlar am Rande der GAAA-Tagung die größte, mit acht Aktionsorten von Hamburg über Frankfurt, Stuttgart, Schwäbisch Gmünd, Ebersbach/Fils, Nürnberg, München und Alpirsbach gab es jedoch ein weites Netz an Anzeigen im Bundesgebiet.

## Unterschiedliche Handhabung verschiedener Polizeistationen

Oftmals waren die Polizisten über die Anzeigen überrascht, manche auch über die Tatsache, dass es in Deutschland Atomwaffen gibt. In Nürnberg wurden die Aktivist:innen bei der ersten Polizeiwache abgewiesen mit der Begründung, man würde hier keine Anzeigen gegen die Regierung aufnehmen. Als zwei Mitglieder der Gemeinderatsfraktion der Grünen in Ebersbach/Fils die Anzeige aufgeben wollten, wurde ihnen gar gesagt, dies sei strafbar. Sie gaben sie dennoch auf.

## Pasinger Polizeidialoge

**Mein erster Versuch auf dem Polizeirevier in Pasing: der Polizist, dem ich gleich mein Anliegen vortrug, meinte wörtlich: „Dazu haben wir den Arsch zu weit unten! Da müssen Sie sich an den Staatsanwalt wenden.“**

Nach Informationen einer Friedensfreundin mein zweiter Anlauf: Ich verlangte selbstsicher den Herrn Oberpolizeimeister Holstein, ohne mein Anliegen gleich vorzutragen. Ich wurde eingelassen. Der Oberpolizeimeister käme erst in drei Tagen. Nun, ich fragte mein Gegenüber, ob er denn den gleichen Rang einnehme, was er bejahte. Also legte ich los. Große Kulleraugen. Wieso? A-Waffen auf deutschen Boden? Ob ich das beweisen könne? - Stunde in der Zeitung! Er: Ich glaube nicht alles, was in der Zeitung steht. Ein Soldat habe ihm gesagt, es gäbe keine auf deutschem Boden. Ich: Ich glaube auch nicht alles, was in der Zeitung steht, was ein Soldat sagt, aber auch nicht! Und informierte ihn über die Ignoranz innerhalb der Bundeswehr, beispielsweise über die KSK-Einsätze im Kundus: großes Kulleraugenstauen!

Ich hielt dem Typen dann ein längeres Referat über Völkerrecht und IGH-Gutachten, die unterschiedlose Zerstörung von zivilen Personen und Einrichtungen, legte ihm das mitgebrachte StGB vor, „dies wird Ihnen ja wohl bekannt sein“ und verwies auf §310b (Vorbereitung eines Explosions- oder Strahlungsverbrechens). Seine Verwunderung kannte kaum mehr Grenzen... er verschwand stammelnd „Da muss ich mal noch jemanden fragen!“ und kam nach zwei Minuten mit einem 2 m großen, kräftig bebauchten, Respekt einflößenden grün Beanzugten zurück. Dieser belehrte mich dann, dass die A-Waffenlager Büchel und Ramstein kein deutscher Boden seien; dass aber deutsche Soldaten den Abwurf mit den Dingen üben, bestätigte er mit einem beherrschenden Blick auf seinen Untergebenen. Er wusste überhaupt Einiges: nämlich dass bereits zwei Personen am Polizeirevier Pasing die Anzeige erstattet hätten und dass keine weiteren Anzeigen mehr angenommen würden, da es sich ja immer um den gleichen Text handele. Aber man würde meinen Namen und meine Adressen aufnehmen und diese mit einer entsprechenden Bemerkung den andern Anzeigen zufügen. Nun, auch gut!

Sabine Behrend, München ●

## Anzeigen von Gran Canaria bis Amsterdam

Dem Aufruf folgten zahlreiche Menschen in Spanien, Italien, den Niederlanden und Großbritannien. In Belgien unterzeichneten Hunderte eine offizielle Mitteilung an die Regierung, endlich die von Parlament und Senat beschlossene Aufgabe der nuklearen Teilhabe umzusetzen.

Für die abschließende Aktion am 24. November hatten Bombspotting und Greenpeace versucht, einen Gerichtsvollzieher zu beauftragen, eine offizielle Mitteilung an das NATO-Generalsekretariat mit dem Empfänger Jaap de Hoop Scheffer in Brüssel zu überbringen. Es fand sich aber kein Gerichtsvollzieher, der den Auftrag übernehmen wollte, meist mit der Begründung, dass die Sicherheitsvorrichtungen bei der NATO zu strikt seien. Daraufhin wurde die Mitteilung per registrierter Post geschickt und mit einer Aktion vor den Toren des NATO-Hauptquartiers in Brüssel begleitet ([www.bomspotting.be](http://www.bomspotting.be)).

## NATO baut weiter auf atomare Abschreckung

In der Mitteilung wurde die NATO aufgefordert, mit Verweis auf die völkerrechtliche Situation, die Gipfelkonferenz in Riga am 27./28.11. zu nutzen, eine Änderung ihrer Atomwaffenpolitik



Bild: Elaine Hill

in die Wege zu leiten. Die Gipfelkonferenz in Riga beschloss jedoch in einem Nebensatz, die atomare Abschreckung wie gehabt weiterzuführen. Gleichzeitig wurde ein erster Vertrag für ein NATO-Raketenabwehrsystem unterzeichnet. An dessen Umsetzung sind unter anderem EADS und das in Nürnberg sitzende Unternehmen Diehl beteiligt.

jk ●

## Zeitenwende in Laufdorf: Zehn Jahre GAAA

# Jahrestagung setzte Schwerpunkte für die Weiterarbeit

**G8-Gipfel 2007 - Büchel 2007 und 2008 - Lobbyarbeit: Das sind die Stichworte, die bei den 21 TeilnehmerInnen der Tagung vom 17. bis 19. November in Laufdorf auf das größte Interesse gestoßen sind. Dazu gehörte auch eine Aktion im nahe gelegenen Wetzlar, wo zehn Jahre zuvor die GAAA „aus der Taufe gehoben“ worden war.**

Zu acht hängten wir uns Plakate mit Fotos aus einer Hiroshima-Ausstellung um, entfalteten ein sieben Meter langes Transparent mit der Aufschrift „Entweder wir schaffen die Bombe ab oder die Bombe schafft uns ab“ und liefen damit durch die Stadt zur Polizeistation. Wir verteilten Handzettel, auf denen zu lesen war, dass wir bei der Polizei Anzeige wegen der Vorbereitung von Verbrechen gegen die Menschheit erstatten würden. Wir beschuldigten die Bundeskanzlerin, den Außen- und den Verteidigungsminister sowie die deutschen und amerikanischen SoldatInnen in Büchel und Ramstein, für die Atomwaffenstationierung in Deutschland verantwortlich zu sein

bzw. dafür arbeiten. Die Wetzlarer Polizei nahm unsere acht Anzeigen entgegen. Die Aktion war Teil einer europaweiten Anzeigenkampagne im Vorfeld des NATO-Gipfels Ende November in Riga. Auch wenn das humanitäre Völkerrecht durch die NATO-Atomwaffenpolitik tatsächlich gebrochen wird, machen wir uns kaum Hoffnungen, dass die Verantwortlichen juristisch verfolgt werden. Es geht uns mehr darum, den politischen Druck auf die Regierungen der NATO-Länder zu erhöhen. Sie sollen die Atomwaffen abschaffen!

Im Anschluss an die nachmittägliche Aktion in Wetzlar versammelten sich am Abend 20 Teilnehmer in Laufdorf, wo wir als Gäste des Laurentiuskonvents unsere Tagung mit einem Vortrag von Professor Ernst Schwarcz fortsetzten.

Prof. Schwarcz, Jahrgang 1923, kommt aus Wien, ist Ehrenvorsitzender des Internationalen Versöhnungsbunds und Quäker. 2005 hat er ein Buch mit dem Titel „Zeitenwende“ veröffentlicht, in dem er sich mit den veränderten Gefahren für den Frieden seit der Existenz der



Bild: Pressehitte wsh

## Aktion "Offener Brief" / Freikaufaktion(en)

Im November haben die drei GAAA-Aktiven Hanna Jaskolski, Johannes Mader und Martin Otto vom Amtsgericht Stuttgart Strafbefehle über jeweils 600 € Geldstrafe erhalten.

Ihnen wird vorgeworfen, sich bei der Go-In-Aktion im European Command (EUCOM) der US-Armee am Nagasaki-Gedenktage 2005 der Sachbeschädigung und des Hausfriedensbruchs schuldig gemacht zu haben. Ein Bericht über die gewaltfreie Aktion war in der FreiRaum-Ausgabe vom Oktober 2005 auf Seite 11 zu lesen.

Gegen die Strafbefehle haben die drei Einspruch eingelegt. Falls die Geldstrafen rechtskräftig werden sollten (was leider sehr wahrscheinlich ist), wollen alle drei das Geld nicht bezahlen, sondern demonstrativ die Ersatzfreiheitsstrafe antreten.



Die Verhandlung ist terminiert auf Dienstag, den 9. Januar 2007 um 13.00 Uhr. Es wären die Inhaftierungen Nr. 22 bis 24 von Mitgliedern der GAAA und der EUCOMunity. Aus diesem Grund wurde eine "Aktion Offener Brief/ Freikaufaktion(en)" gestartet. Der Text des Offenen Briefs und eine Aktionsanleitung sind im Internet bei [www.gaaa.org](http://www.gaaa.org) zu finden und können auch bei Martin Otto, Frankenstr. 77, 35578 Wetzlar bestellt werden. ●

## Kleinanzeige

### Lebensgemeinschaft (4 Erw., 2 Ki.)

mit großem Garten, am Rande **Herfords**, sucht neue **MitbewohnerInnen**.

Wir engagieren uns in der Öko-, Friedens- und Flüchtlingsarbeit.

Tel.: 05221/33438



Rolf Plessner  
Bild: wsh Pressehütte

### Friedenstauben in Sand

Ganz geduldig mit Stäbchen und Pinzette sitzt Rolf Plessner Stunde um Stunde da. Aus kleinen Trichtern rieselt fast in einzelnen Körnern gefärbter Sand in kleine Flaschen. Der Sand formt sich zu einem Bild, eine Friedenstaube. „Für mich ist das ein Symbol dafür, dass Frieden nur in kleinsten Schritten zu schaffen ist und wir uns Zeit lassen müssen, bis wir Ergebnisse sehen.“ Die Flaschen sammelt Rolf Plessner an Treffpunkten von Trinkern, dort wo sie im Gebüsch landen. Einen Tag Arbeit braucht er für ein Fläschlein



Geduldsarbeit: Tauben aus Sand  
Bild: wsh Pressehütte

mit dem Taubenbild. Der Keller ist ganz gefüllt mit den Sandbildern. Zu verkaufen sind sie nicht. Er verschenkt sie an die Demonstranten in Büchel. Auch die Soldaten und Polizisten bekommen bisweilen ein solches Kleinod geschenkt.  
wsh ●



Großes Vorratslager,  
Ergebnis einer großen Ausdauer  
Bild: privat

Vor dem Haupttor in Büchel



Atombombe beschäftigt, aber auch mit „neuen Friedenshoffnungen“ wie z.B. den Methoden des gewaltfreien Widerstands. Das Buch ist für 17,80 € im Handel oder in der Pressehütte Mutlangen erhältlich.

Während des Wochenendes hielten wir nicht nur - wie gewöhnlich - Rückschau auf Ereignisse der vergangenen zwölf Monate, sondern auch auf unsere Arbeit seit der GAAA-Gründung, da diese ja nun ziemlich genau zehn Jahre zurückliegt. Wir analysierten die politischen Rahmenbedingungen und die Veränderungen innerhalb der Friedensbewegung und innerhalb unserer Aktionsmethoden. (Eine elfseitige Chronik unserer Aktivitäten kann im GAAA-Büro bestellt werden.)

Am zweiten Abend gab es eine kleine Jubiläumsfeier. Da Büchel von Anfang an unser bevorzugter Aktionsort war, stießen wir „logischer Weise“ mit Moselwein an. Es wurde musiziert und getanzt, und es gab Heike Kammers Puppentheater sowie kurze Filme über die Pacemakers-Radtouren zu sehen.

Mit einem Radiointerview und zwei Offenen Briefen befassten wir uns zu Beginn des Abschlusstages. Erika Drees berichtete in einem Regionalsender (Mitschnitt) über ihre Verurteilung wegen der Teilnahme an einer Castorblockade und über unsere Aktionen in Büchel. Anschließend wurde die gerade angelaufene Aktion „Offener Brief“ vorgestellt: 300 oder mehr Unterschriften sollen gesammelt werden aus Protest gegen die Strafverfolgung wegen unseres EUCOM-Go-Ins vom 9.8.2005. Die UnterzeichnerInnen erklären sich darin auch bereit, kleine Geldbeträge beizusteuern für den Fall, dass die Beschuldigten ins Gefängnis gesperrt werden und es möglich sowie von den Inhaftierten gewünscht ist, Haftzeiten durch Freikauf zu verkürzen. Der zweite Offene Brief bezieht sich auf einen Artikel von Bundesaußenminister Steinmeier und seinem norwegischen Amtskollegen in der Frankfurter Rundschau mit der Überschrift „Gemeinsam gegen Atomwaffen“. Die GAAA bemängelt, dass in dem Artikel kein Wort über die Zukunft der deutschen nuklearen Teilhabe und die in

Europa stationierten Atomwaffen verloren wird.

**Schließlich besprechen wir unsere drei Schwerpunkte für das kommende Jahr:**

- **Lobbyarbeit:** Wir wollen unter den Bundestagsabgeordneten Mitglieder für das Parlamentarische Netzwerk für nukleare Abrüstung werben. Im Februar wird es eine Tagung des Trägerkreises „Atomwaffen abschaffen - bei uns anfangen“ geben, die sich mit der Entwicklung politischen Drucks durch Lobbyarbeit befassen wird.

- **G8-Gipfel:** Rund 10.000 Menschen werden zwischen dem 2. und 8. Juni 2007 in Rostock erwartet, die anlässlich des Gipfels im 24 km entfernten Heiligendamm demonstrieren und agieren wollen. Der Initiativkreis Eifel gegen Atomwaffen hat bereits Straßentheater und einen Infostand für den 5.6. angemeldet. Möglicherweise wird es eine Absprache Initiativkreis/GAAA geben für eine gemeinsame Reise und Unterbringung in Mecklenburg-Vorpommern.

- **Thema Büchel:** Wenn am 3.9.2007 die sechste Umrundung des Militärflugplatzes ansteht, wollen wir bereits zwei Tage vorher anreisen, um schon die siebte Umrundung zu planen, die ja - wie wir es uns seit der ersten derartigen Aktion im Jahre 2002 vorgenommen haben - mit einem Go-In mit möglichst vielen TeilnehmerInnen verbunden werden soll. Vielleicht schaffen wir es auch, prominente KünstlerInnen wie Konstantin Wecker, Nina Hagen oder Herbert Grönemeyer dafür zu gewinnen.

Wer bei der 11. Jahrestagung nicht dabei war und das ausführliche Protokoll zugeschickt bekommen möchte, kann es bei Martin Otto, Frankenstraße 77, 35578 Wetzlar bestellen.

Martin Otto ●



Heike Kammer präsentiert  
mexikanisches Puppentheater  
Bild: Pressehütte wsh

## Heißer Herbst:

### Strafanzeigen gegen Merkel, Jung, Rumsfeld gestellt

Die Staatsanwaltschaften in Deutschland haben in diesen Tagen alle Hände voll zu tun, diesmal nicht (nur), um Strafbefehle gegen Friedenaktivisten auszustellen. Der Aachener Friedenspreis e.V. hat am 15. November Strafanzeige gemäß § 80 des Strafgesetzbuches gegen Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel und Bundesverteidigungsminister Dr. Franz Josef Jung wegen der Vorbereitung von Angriffskriegen gestellt. Der Aachener Friedenspreis e.V. sieht diese Straftat mit der Verabschiedung des neuen Weißbuches der Bundeswehr als gegeben an. Das Weißbuch beschreibt die neue Militärdoktrin der Bundesrepublik Deutschland, in der die Bundeswehr die Rolle einer weltweit einzusetzenden und präventiv tätigen Interventionsarmee übernimmt. Sowohl in der Militärdoktrin wie in der Ausrüstung der Truppe sei die Vorbereitung von Angriffskriegen gegeben. Einen Tag zuvor meldete SPIEGEL online, dass Menschenrechtler den scheidenden US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld bei der Bundesanwältin Monika Harms angezeigt haben. 384 Seiten umfasst die Strafanzeige, in der Vertreter von zwölf Folteropfern Rumsfeld vorwerfen, Kriegsverbrechen angeordnet zu haben. Sie setzen auf die deutsche Justiz. In diesem heißen Herbst prüft zudem die Staatsanwaltschaft Stuttgart, ob sie Ermittlungen gegen Verantwortliche des EUCOM aufnehmen soll, nachdem REPORT Mainz Dokumente veröffentlicht hatte, die belegen, dass das EUCOM Gefangenentransporte nach Guantanamo koordiniert hatte.  
jk ●

# Atomwaffen - eine Herausforderung für den Frieden

Eine neue Abrüstungsdynamik ist dringend notwendig

Der Trägerkreis Atomwaffen abschaffen - bei uns anfangen lud gemeinsam mit Ohne Rüstung Leben und der evangelischen Akademie Bad Boll Anfang Oktober zu der Tagung „Atomwaffen - eine Herausforderung für den Frieden“ ins überaus idyllisch gelegene Städtchen Bad Boll auf der Schwäbischen Alb ein.

Die Tagung stand unter dem Eindruck der Ankündigung Nordkoreas, einen Atomtest durchzuführen, und des Atomkonflikts mit dem Iran. Allerdings konnte im Verlauf der Tagung niemand ahnen, dass gerade mal 12 Stunden nach deren Ende Nordkorea tatsächlich eine Atombombe explodieren lassen würde, mit noch völlig unabsehbaren Folgen nicht nur für den Fernen Osten.

Die Geschichte der nuklearen Auf- und Abrüstung seit Hiroshima wurde anschaulich von Dr. Detlef Bald aus München dargestellt. Sören Widmann, Vorstand von Ohne Rüstung Leben und Mitglied des Arbeitskreises „Friedensauftrag der Kirche“ der evangelischen Landeskirche Württemberg, beschrieb den sechzigjährigen kritischen Widerspruch der weltweiten Ökumene gegen die Nuklearrüstung, aber auch die verständnisvolle Duldung der Kirchen in Westdeutschland zumindest in den 50er und 60er Jahren.

Der Kalte Krieg ist Geschichte, doch entgegen eines gewissen Optimismus Anfang der 90er Jahre, die damals eingeleitete Abrüstung der Atomarsenale könnte vollständig umgesetzt werden, ist eine „Renaissance der Kernwaffen“ (FAZ, 15.9.2003) zu erleben. Tagungsleiter Manfred Budzinski zitierte Friedensnobelpreisträger Mohamed El-Baradei: „Noch nie war die Gefahr größer als heute...Wenn die Welt ihren Kurs nicht ändert, riskieren wir die Selbstzerstörung. Wir brauchen dringend einen Fahrplan für die Abrüstung von Atomwaffen. Wir dürfen nicht länger dem Irrglauben anhängen, dass das Streben nach Atomwaffen bei einigen Ländern moralisch verwerflich ist, während wir bei anderen moralisch akzeptieren, dass sie für ihre Sicherheit auf Atomwaffen bauen.“



Andreas Zumach spricht in Bad Boll  
Foto Pressehütte wsh

Andreas Zumach spitzte diese Gefahr in seinem Vortrag über den Atomkonflikt mit dem Iran noch weiter zu: „Mit der am 20. September 2002 vorgestellten neuen Sicherheitsstrategie in den USA haben wir zum ersten Mal seit Ende des zweiten Weltkriegs eine neue völkerrechtliche Situation, indem der präventive Einsatz von Atomwaffen Bestandteil der (Militär-)Politik geworden ist.“ Zumach malte ein düsteres Bild der Lage im Nahen und Mittleren Osten und bezeichnete eine mögliche Atombewaffnung Irans als fatal. Atomwaffen böten eben gerade keine Stabilität in dieser Region. Es sei notwendig, eine neue Dynamik in Gang zu setzen, um einerseits die inneriranische Fraktion zurückzudrängen, die nach Atomwaffen strebt und andererseits zu verhindern, dass die USA mit einem Luftkrieg den von ihnen angestrebten Regimewechsel einleiten. In dieser Situation sei es dringend notwendig, dass die Forderung nach Stopp der Urananreicherung vom Tisch komme, die militärische Option von allen Seiten ausgeschlossen werde und eine Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Nahen und Mittleren Osten unter Beteiligung aller Staaten (inkl. Iran, Syrien und Israel) initiiert werde, u.a. mit dem Ziel einer atomwaffenfreien Zone in der Region und einer Zweistaatenlösung Israel/Palästina.

Die Welt steht also vor einem entscheidenden Wendepunkt. Entweder es gelingt, eine neue Dynamik zur Abrüstung und Rüstungskontrolle in Gang zu setzen, oder mehr und mehr Staaten folgen dem Beispiel Nordkoreas und entwickeln eigene Atomwaffen. Immerhin 48 Staaten haben durch Nutzung der „zivilen“ Atomenergie dazu die Fähigkeit. Eine erschreckende Vorstellung. **rb ●**

Podiumsdiskussion: (v.l.n.r.) Leibrecht, MdB; Lüdeking, Auswärtiges Amt; Seyfried, Bürgermeister; Körner, Grüne, Budzinski, Studienleiter; Hagen, Trägerkreis



Foto: Pressehütte - wsh

## Faslane 365: Dauerblockade der Atom-U-Boot-Basis begonnen

Ein ehrgeiziges Ziel: Ein ganzes Jahr lang will die Kampagne „Faslane 365“ die Atomwaffenbasis Faslane in Schottland blockieren und damit gegen eine Erneuerung des britischen Atomwaffenprogramms „Trident“ protestieren. Seit dem Beginn am 1.10. bis 1.12. meldet die „Blockade Summary“ auf der Internetseite [www.faslane365.org](http://www.faslane365.org): 46 Tage Präsenz vor der Basis / 32 beteiligte Gruppen / 327 Festnahmen / 1 Strafverfolgung. NGOs, MusikerInnen und regionale, religiöse, internationale Gruppen sorgen für bunte Aktionen vor der Atomwaffenbasis.



Faslane 365: Blockierende aus Bradford haben sich an ein Peace-Zeichen gekettet.

Foto: Faslane 365

Jede Gruppe übernimmt zwei Tage Präsenz. Hilfe bei der Organisation der Unterkunft, rechtliche Beratung und nach Bedarf Aktionstrainings bietet das Orga-Komitee an. Für die nächsten Wochen ist der Blockade-Kalender schon fast voll, doch danach sind noch viele leere Felder zu finden. Während es Blockaden von Skandinavien, Belgien, Franzosen u.a. gibt, hat sich bisher keine deutsche Präsenz organisiert. Das europäische Jugendnetzwerk für die Abschaffung von Atomwaffen BANG plant allerdings eine internationale „Next Generation“-Blockade, voraussichtlich im Juli 07.

(Noch-)Premierminister Blair hat währenddessen eine Erneuerung von Trident gefordert und will, dass die Regierung bis Weihnachten zu einer gemeinsamen Empfehlung kommt, die dann dem Unterhaus zur Abstimmung vorgelegt werden soll. Die Linke der Labour Partei warnt vor einer übereilten Entscheidung, aber Blair, der nur noch bis Sommer 07 regieren wird, will seinem Land wohl ein nukleares Erbe hinterlassen.

Das neue Waffensystem wäre bis in den 2020ern fertiggestellt – „2020 Vision“ einer atomwaffenfreien Welt ade... **jk ●**

## Update Libanon

Zwei Bodenproben aus Kratern, die durch israelische Bomben im Libanon entstanden (FreiRaum Okt.06), sowie der Luftfilter eines libanesischen Krankenwagens bestätigen den Einsatz von Uranwaffen.



Diese Proben hat der unabhängige britische Waffenforscher Dai Williams genommen.

Er übergab sie an Dr. Chris Busby - wissenschaftlicher Sekretär des Europäischen Komitees für Strahlenrisiken (European Committee on Radiation Risk) - zur Weiterleitung und Untersuchung durch Massenspektrometrie im Harwell Labor. Das Labor bestätigte das Vorhandensein von Uranisotopen, nämlich U 238 (DU) und eine erhöhte Menge U 235 (extrem gering angereichertes Uran). Der Gehalt an U 235 in der Probe bedeutet, dass es keine Waffen waren, die eine Kernspaltung erzeugen können, aber auch keine DU-Waffen. Sie sind jedoch unter Uranwaffen einzustufen. Zum ersten Mal wurde eine von DU-Waffen verschiedene Uranisotopen-Zusammensetzung bei neueren Waffensystemen (sog. großen Bomben) in Afghanistan festgestellt. Dort hatten Mitarbeiter des unabhängigen kanadischen „Uranium Medical Research Center“ Boden- und Urinproben aus der bombardierten Region entnommen, die das 30-40fache der normalen Urankonzentrationen aufzeigten. Ob es für diese Neuerung einen technischen Hintergrund gibt, könnten nur die Hersteller beantworten, die sich aber in Schweigen hüllen. Wir vermuten, dass es sich um eine Vertuschungstaktik handelt, da vielen zwar reine DU-Waffen inzwischen ein Begriff sind, aber diese neue Uran-Zusammensetzung einer Erklärung bedarf. **mk ●**



# Uranwaffen-Konferenz in Hiroshima

## Diskussion zur unabhängigen Irak-Studie

**Uranwaffen erfüllen die Kriterien für geächtete Waffen, obwohl sie im Völkerrecht nicht namentlich genannt werden. Um die Durchsetzung des Verbots dieser illegalen Waffen durch Lobbyarbeit voranzutreiben, gründeten im Oktober 2003 anerkannte WissenschaftlerInnen und unabhängige Organisationen die Internationale Kampagne zur Ächtung von Uranwaffen (ICBUW). Mit über 400 TeilnehmerInnen fand vom 3.-6. August in Hiroshima die ICBUW-Konferenz statt. Dabei fand auch eine Diskussion zwischen irakischen WissenschaftlerInnen statt um den Fortgang der unabhängigen Studie über die Auswirkungen der Uranwaffen im Irak.**



*Zwei Initiatoren der ICBUW- Konferenz, Dr. Katsumi Furitsu und Prof. Nobuo Kazashi aus Japan.  
Foto: Charles Jenks*

Aus Deutschland nahm als eines der Gründungsmitglieder Prof. Manfred Mohr von IALANA (Internationale Anwaltsvereinigung gegen Atomwaffen) teil. Er machte klar, dass ein großer Teil des Völkerrechts sich nicht mit modernen Uranwaffen befasst, weil sie noch nicht erfunden waren, als die humanitären Regeln der Genfer Konventionen festgelegt wurden. Ein zweiter Grund ist die Weigerung der westlichen Regierungen anzuerkennen, dass Uranwaffen

langfristige Gesundheitsschäden für hunderttausende Betroffene verursachen können. Dazu erläuterte die Bremer Molekularbiologin Heike Schröder die Studie über Chromosomenbruchschäden bei Golf- und Balkankriegsveteranen. Das erschreckende Ergebnis zeigte, dass bei den betroffenen getesteten Veteranen ähnlich hohe Schäden zu beklagen sind wie bei den Tschernobyl- Aufräumarbeitern.

## Internationale Zusammenarbeit

Die GAAA (Gewaltfreie Aktion Atomwaffen Abschaffen) trat ICBUW bei, nachdem 2005 die Mitgliedsorganisationen die Unterstützung der unabhängigen epidemiologischen Studie über die Auswirkungen des Uranwaffeneinsatzes in den Irakkriegen seit 1991 beschlossen hatten. Zusammen mit der US-amerikanischen Anti-Atomorganisation NEIS (Nuclear Energie Information Service) sammelte die GAAA für diese Studie im Jahr 2005 ca. 6000 Euro. Die IPPNW (Internationale Ärztevereinigung gegen den Atomkrieg) organisierte in den Jahren 2005 und 2006 über den deutschen Epidemiologen Prof. Hoffmann zwei Trainingsseminare zur Durchführung „westlich international anerkannter Epidemiologie“ für die bereits auf 13 Wissenschaftler angestiegene Studiengruppe um Dr. Jawad Al-Ali. Dieser ist Leiter des Krebskrankenhauses in Basra. Er betonte auf der Konferenz: „DU wurde zweimal eingesetzt, 1991 und 2003 im Südirak und zudem 2003 in den Wohngebieten von Basra, im Zentrum der Stadt.“

## Ungeklärte Morde

2005 wurde damit begonnen, eine solide Datenbank von Krebspatienten der Krankenhäuser Basras zu erstellen. Ursprünglich war eine „Tür zu Tür“- Befragung der nördlichen Außenbezirke von Basra geplant. Dies musste auf Grund der jetzigen Sicherheitslage zurückgestellt werden. Denn Hunderte von Akademikern der Universitäten und Krankenhäuser wurden seit 2003, also nach dem offiziellen Ende des Krieges, auf mysteriöse Weise ermordet. Tausende Akademiker sind vor diesem Hintergrund bereits aus dem Land geflohen. Laut dem irakischen Gesundheitsministerium wurden zwischen April 2003 und Juni 2006 insgesamt 720 Ärzte und Menschen, die im Gesundheitssektor tätig sind, getötet. Bis zu diesem Datum verließen 1000 Ärzte das Land - im Durchschnitt 30 pro Monat. Das prominenteste Opfer ist der Leiter der irakischen Universitätsprofessoren, Dr. Issam Al-Rawi, der Ende Oktober ermordet wurde. Er half der unabhängigen internationalen Kriegsverbrecher-Tribunalbewegung, die Verbrechen gegen seine Kollegen durch Pro-Regierungsmilizen und andere sog. Sicherheits-Gangs aufzuklären und weigerte sich trotz mehrfacher Drohungen, den Irak zu verlassen. Die bisher bekannte Namensliste ermordeter Akademiker geht auf seine Initiative zurück. Ihm ist zu verdanken, dass heute Alarm gegen diese Ermordungen geschlagen wird. So veröffentlichte die international anerkannte Medizinzeitschrift „Lancet“

## Legal oder illegal?

**Schon wieder spielt die von offiziellen Seiten geleugnete Illegalität der Uranwaffen im aktuellen Weltgeschehen eine wichtige Rolle: Auf die Frage des „Independent“, ob die israelische Armee in diesem Sommer auch uranhaltige Munition eingesetzt habe, sagte Mark Regev, Sprecher des israelischen Außenministeriums: „Israel verwendet keine Waffen, die nicht durch das Völkerrecht oder durch internationale Konventionen autorisiert worden sind“. Diese Antwort wirft allerdings mehr Fragen auf, als sie beantwortet. Im Völkerrecht werden Uranwaffen nicht namentlich aufgeführt, weil es sie seinerzeit noch nicht gab. Würden Uranwaffen also doch eingesetzt? Ihre Auswirkungen jedenfalls widersprechen eindeutig den im Völkerrecht genannten Kriterien.**

im Oktober eine Studie, wonach ca. 600 000 IrakerInnen seit 2003 zu einem großen Teil durch Schusswaffen umgekommen sein sollen. Damit sterben heute unter der Besatzung weit mehr Menschen als unter den skandalösen Sanktionsbedingungen des Vorjahrzehnts. Das Besatzer-Militär soll nicht die Hauptverantwortung für die Todesschüsse haben. Allerdings zählt hierzu nicht die Privatarmee der US-Konzerne, die noch vor der britischen Armee die zweitgrößte Armee im Irak ist. Die Lancet-Studie wurde als „auf Zufälligkeit beruhende Tür zu Tür Studie“ durchgeführt, d.h. es werden Familien befragt statt z.B. nur die in Zeitungen genannten Namen zu berücksichtigen. Diese Methode ist nach wissenschaftlichem Standard das bestmögliche Verfahren. Andere Studien können in solchen Krisengebieten gerade mal 10 % der Betroffenen erfassen. Dies zeigt die Wichtigkeit solcher Tür-zu-Tür-Befragungen auch in Bezug auf die von uns unterstützte epidemiologische Uranwaffen-Studie.

## Diskussion unter irakischen Wissenschaftlern

Dr. Al-Ali präsentierte auf der Hiroshima Konferenz Krebsstatistiken der neuen Datenbank. Die Prozentzahlen waren wesentlich niedriger als jene, die er 2003 auf der Uranwaffenkonferenz in Hamburg präsentiert hatte. Zur Erklärung sagte er: „Wir haben die Bevölkerungszahlen der letzten Wahl benutzt, welche allein 500 000 Bewohner beinhalten, die Basra bereits vor dem DU Einsatz verlassen hatten und die jetzt nach dem Krieg zurückgekommen sind“. Die irakische Geologin Dr. Souad Al-Azzawi, die 2003 für ihre Arbeit zu DU den Nuclear Free Future Award erhielt und auf der Hiroshima Konferenz einen Beitrag zur aktuellen DU-Situation im Irak brachte, warnte: „Was wir jetzt im Irak haben ist Chaos. Die Krankenhäuser haben vom Gesundheitsministerium klare Anweisungen, bei den Toten die Todesursache nicht zu registrieren. Dieses ist kein Geheimnis und kann im Bericht von Dhafer Jamail und anderen nachgelesen werden. Ich rede ungern über Politik, aber der Gesundheitsminister gehört zur Gruppe von Giaish Almahdy von den Al-Sader Milizen. Dieses ist kein Zeitpunkt, neue Daten zu sammeln und frühere Informationen nicht mit einzubeziehen. In der neuen Berechnung fehlen zudem eine weitere halbe Million Araber, die von hochverseuchten Gebieten wie Al-Zubair, Jabal Sanam, Safwan und anderen Gebieten in Basras



*Außenbezirke umgesiedelt wurden. Alle vorigen Studien zeigten, dass das Zentrum von Basra das am geringsten verseuchte war. Es ist zwar gut es zu studieren, es sollte aber nicht als repräsentativ für weitere Regionen betrachtet werden. Das in den 80er Jahren vorhandene irakische Datenregister wurde von der Weltgesundheitsbehörde als eines der besten der Region bezeichnet. Diese Fakten müssen benannt werden und Folgestudien müssen in Regionen stattfinden, wo diese hoch verseuchten Menschen angesiedelt wurden. Es darf nicht vergessen werden, dass die aus Sicherheitsgründen verschobene Tür zu Tür-Studie wichtig ist für die vollständige Erfassung der Gesundheitsauswirkungen der Uranwaffen.“*

## Zusammenfassung

GAAA und NEIS halten es für sehr wichtig, ihr Vorgehen so transparent wie möglich und trotz dieser schwierigen Situation nachvollziehbar zu machen. Die für den sog. westlichen wissenschaftlichen Standard notwendige jetzt erstellte Datenbank soll später für weitere Studien zur Verfügung stehen. Wir befürchten andererseits, dass Teile der Studie von offiziellen Stellen genutzt werden könnten, um das Ausmaß der Schäden herunter zu spielen. Daher haben wir uns nach reiflicher Überlegung entschieden, das bisher gesammelte Geld für die Tür zu Tür-Studie auf einem Konto griffbereit zu halten, bis die Wissenschaftler vor Ort sie durchführen können - anstatt es jetzt in die Erstellung der Datenbank einfließen zu lassen, zumal genau dies der Spendenzweck war. **mk ●**

*links nach rechts: Dr. Jawad Al-Ali, Dr. Rosalie Bertell, Dr. Souad Al-Azzawi und Dr. Thomas Fasy auf der ICBUW-Konferenz in Hiroshima 3.-6. Aug. 2006*



## Preis für Zivilcourage

Prof. Dr. Siegwart-Horst Günther wurde am 30. Sept. 2006 in Iserlohn im Rahmen der Veranstaltung „Zivilcourage in der Risikogesellschaft“ von der Solbach-Freise-Stiftung der Preis für Zivilcourage verliehen. Damit wurden sein Mut und seine Unerschrockenheit hervorgehoben, mit denen er auf die Auswirkungen der DU-Waffen hingewiesen hat. In Basra im Süd-irak hatte Prof. Günther 1991 einen Anstieg von extrem seltenen Krankheiten und Fehlbildungen bei Neu- und Totgeburten beobachtet, wie er sie von den Atom-bombentests kannte.

Er schloss daraus, dass die dort eingesetzte Munition radioaktiv sein müsse. Er brachte aus dem Irak Munitionsteile nach Berlin und ließ sie auf Radioaktivität untersuchen. Beim Abholen des Untersuchungsergebnisses wurde er festgenommen wegen des Mitführens der radioaktiven Munition, er erhielt eine Geldstrafe, zahlte nicht und saß deshalb im Gefängnis. Aber er rüttelte die Welt weiter wach und warnt vor den schrecklichen Auswirkungen dieser Waffen. Für Prof. Günther, der schon als junger Mensch unter Hitler verfolgt wurde, ist es besonders wichtig aufzuzeigen, dass diese Uranwaffen auch in der BRD entwickelt und getestet wurden. **mk ●**

## Australien: Bewegung gegen Bombardierung

Im September 2006 planten Anti-Atomgruppen aus ganz Australien beim nationalen „Beyond Nuclear Symposium“ in Melbourne eine landesweite Protestaktion gegen die 30tägige US-australischen Militärübung „Talisman Sabre 2007“ im Juli 2007 (s. FreiRaum 3/06). Bereits bei „Talisman Sabre 2005“ gab es landesweite Proteste und Sit Ins auf der Autobahn zum Übungsgelände. Noch immer wurden keine Tests durchgeführt, um sicherzustellen, dass keine DU-Waffen auf dem Gelände, zu dem auch Teile des Großen Barrier Riff gehören, verwendet werden oder wurden. Anti-Atomgruppen in ganz Australien organisieren momentan auch öffentliche Aktionen, um des 50sten Jahrestags der britischen Atomtests in Maralinga in Süd-australien zu gedenken. Maralinga ist noch immer verseuchtes Gebiet. Indigene Australier leben in dieser Region. Sie und Militärangehörige wurden nie für die schlimmen Gesundheitsfolgen entschädigt.

[www.mindseeds.com.au](http://www.mindseeds.com.au)

Pauline Rigby /Übers. jk ●

## Stichwort

### Weißbuch

Ein Weißbuch ist eine Sammlung von Vorschlägen zum Vorgehen in einem bestimmten Bereich. In der Politik hat es meist den Zweck, Orientierung über Fragen der Außenpolitik zu geben und ggf. das eigene politische Handeln zu rechtfertigen. Das Weißbuch der Bundeswehr dient als sicherheitspolitisches Programm der Bundesregierung. Es ist weniger ein Indikator zukünftiger Entwicklungen sondern mehr eine Bestandsaufnahme der aktuellen Lage. 1969 gab es erstmalig ein „Weißbuch der Bundeswehr“. 2006 verabschiedete die Bundesregierung ein Weißbuch, nach 12jähriger Pause.

**Ein Schwarzbuch** (Beispiel: Schwarzbuch Lidl) enthüllt und erläutert im Gegensatz zu einem Weißbuch Negativbeispiele.

## Glossar

**EADS (European Aeronautic Defence and Space Company):** Europäisches Unternehmen für Verteidigungs- und Weltraumflugtechnik. Das zweitgrößte Luft- und Raumfahrtunternehmen der Welt baut u.a. Eurofighter und Raketenabwehrsysteme.

**ASD (Aerospace and Defence Industries Association of Europe):** Europäische Vereinigung der Weltraum- und Verteidigungsindustrie. Die Vereinigung mit Sitz in Brüssel vertritt die Interessen von 2000 Firmen.

**Echelon:** Weltweites satelliten- und computergestütztes Spionagenetz. Mit ihm können sich z.B. Telefongespräche und Emails nach Schlagwörtern und Wortkombinationen absuchen lassen. Aufgebaut von westlichen Ländern während des Kalten Krieges, wird es von der NSA verwaltet.

**NSA (National Security Agency):** Nationale Sicherheitsbehörde der USA. Einer von 16 US-amerikanischen Geheimdiensten. NSA gilt weltweit als der größte US-Geheimdienst. **jk/Wikipedia** ●



Radarkuppel (auch: Radom) von Echelon in der Spionagebasis Menwith Hill, Großbritannien

Aktionsreise im Mai 2007 zur UNO in Wien

## Vienna 007: License to Disarm!

Jugendliche laden ein, sich bei der nächstjährigen Atomwaffenkonferenz in Wien einzumischen.

Im Mai 2007 trifft sich bei der UNO in Wien die PrepCom (Vorbereitungskommission) zur RevCon (Überprüfungskonferenz) 2010 des NPT (Nuclear Non-Proliferation Treaty, zu deutsch: Atomwaffensperrvertrag). So weit, so schwer. Wer zwischen 16 und 25 ist und sich durch diese ersten Abkürzungen gequält hat ohne den FreiRaum wegzulegen, hat sich bereits für die Jugend-Aktionsreise der Friedenswerkstatt Mutlangen qualifiziert. Denn so kompliziert das Ganze auch klingt, so wichtig ist es, sich trotzdem mit ganz einfachen Ideen dort zu Wort



Internationale Zusammenarbeit, Foto: Y4NFE 06

zu melden - wie zum Beispiel der Idee einer atomwaffenfreien Welt bis 2020! Dass es bei der Aktionsreise neben der Teilnahme an der Konferenz als NGO-(Nichtregierungsorganisations-) VertreterIn auch noch zahlreiche Aktionen in und um die UNO und Wien geben wird, ist klar. Angedacht sind zum Beispiel: Performance-Aktionen u.a. mit internationalen Jugendlichen

## Weißbuch der Bundeswehr duldet Atomwaffen in der Bundesrepublik Offener Brief von 45 Jugendlichen aus ganz Deutschland

Nachdem die erste Version des neuen Weißbuchs der Bundeswehr im Internet veröffentlicht wurde, hatten wir die Idee, einen Offenen Brief aus jugendlicher Sicht an die Bundesregierung zu schreiben. Wir wollen zeigen, dass die nächste Generation ein Weiterführen der nuklearen Teilhabe für fatal und sehr gefährlich hält und zudem die Glaubwürdigkeit Deutschlands dadurch beschädigt wird.

Um möglichst viele UnterzeichnerInnen aus unterschiedlichsten Bereichen zu bekommen, haben wir einen Aufruf gestartet und ihn an über 100 Jugendorganisationen unterschiedlichster Art geschickt. Natürlich konnten auch Einzelpersonen unterzeichnen, aber um aufzuzeigen, dass das Thema für Jugendliche aus allen gesellschaftlichen Bereichen von Bedeutung ist, waren die UnterzeichnerInnen aufgefordert, ggf. ihre Mitgliedschaft/Funktion



Aktion vor dem Wiener UN-Dorf, Aktionsreise 2006  
Foto: NPT Youth Action

vom europäischen Jugendnetzwerk für die Abschaffung von Atomwaffen (BANg), Workshops an Wiener Schulen, Lobbygespräche mit RegierungsvertreterInnen,...

Ihr könnt natürlich auch gerne eigene Ideen einbringen!

★Termin der Aktionsreise:  
vom 27.4. bis 6.5.07

★Teilnahmebeitrag: 70€ für Kost, Logis und Fahrtkosten vor Ort (Anreisekosten nicht inbegriffen)

★„Vorbereitungswochenende: 30.3.-1.4.07 in der Pressehütte Mutlangen (www.pressehuette.de)

★Anmeldeschluss ist Mitte März.

Bei Bedarf schreiben wir Briefe an Deine Schule für eine Beurlaubung.

Bei Interesse meldet Euch beim Orga-Team: Andre, Tobias, Stefan und Hannah, unter [redaktion@pressehuette.de](mailto:redaktion@pressehuette.de) **jk** ●

Tobias Bollinger,  
Initiator des  
Offenen Briefes  
Foto: Y4NFE 06



in ihren Organisationen anzugeben. Leider blieb

nur eine Woche Zeit, da die Entscheidung über das Weißbuch am 25.10. früher kam, als wir angenommen hatten.

Insgesamt haben in dieser kurzen Zeit 45 junge Menschen den Offenen Brief unterzeichnet. Dieser ging per Fax und Email an alle Bundesministerien, adressiert an die jeweiligen MinisterInnen sowie die Bundeskanzlerin.

Bis jetzt kamen lediglich einige Eingangsbestätigungen von den Ministerien. Keinerlei Stellungnahmen oder Antworten! Falls sie noch kommen sollten, berichten wir in der nächsten Ausgabe darüber.

Der Brief mit den UnterzeichnerInnen und die Pressemitteilung wurden auf verschiedenen Homepages veröffentlicht.

# Offener Brief an alle Mitglieder des Bundeskabinetts der Großen Koalition: Neues Weißbuch der Bundeswehr soll die nukleare Teilhabe Deutschlands beenden!

Wir sind Jugendliche und junge Erwachsene aus ganz Deutschland, die sich für die Abrüstung von Atomwaffen engagieren oder diese Initiative für den nuklearen Abrüstungsprozess unterstützen. Im ersten Entwurf für ein neues Weißbuch der Bundeswehr 2006 wird die „deutsche Teilhabe an den nuklearen Aufgaben“ verteidigt und weiterhin für notwendig gehalten. Was im Moment im Kabinettdiskutiert wird wissen wir nicht, da diese wichtigen Fragen unter Ausschluss der Öffentlichkeit entschieden werden. Wir schreiben an Sie, weil wir wollen, dass alle Atomwaffen aus Deutschland abgezogen werden.

Es gibt aus unserer Sicht keinerlei Gründe, weshalb in Büchel und Ramstein US-Atomwaffen gelagert sein sollen. Der Kalte Krieg ist nun seit 16 (!) Jahren vorbei und das Argument der Abschreckungspolitik gegenüber der Sowjetunion gilt nicht mehr. Ebenso die Begründung des Mitspracherechts in der nuklearen Planungsgruppe der NATO ist falsch, da dieses unabhängig von Trägersystemen in der BRD zu betrachten ist bzw. auch ohne dieses bestehen kann. Dies zeigt das Beispiel Griechenland.

**Welche Ziele sollen die deutschen Tornados anfliegen, wo sollen sie die Atombomben abwerfen?**

Einige von uns haben die Überprüfungs-konferenz zum Atomwaffensperrvertrag in New York 2005 begleitet. Es war für uns sehr erschreckend, wie die Verhandlungen gescheitert sind und die nukleare Abrüstung einen Dämpfer versetzt bekam. Wenn es bis 2010 keine konkreten Schritte zur Abrüstung gibt, wird sich die Situation des Vertrags nicht verbessern. Die große Mehrheit der Vertragsmitglieder sehen in der nuklearen Teilhabe Deutschlands einen klaren Vertragsbruch.

**Wie gehen Sie damit um?**

2006 jährt sich die Entscheidung des Internationalen Gerichtshofs zum 10. mal: Atomwaffen sind eindeutig und unmissverständlich völkerrechtswidrig!

**Wieso also soll Deutschland weiterhin diese Atomwaffen in der Republik dulden und damit gegen das Völkerrecht verstoßen?**

Wir fordern Sie als junge Generation auf, die Atomwaffenproblematik in ihrer Funktion als Minister oder Ministerin zu entschärfen. Wirken Sie darauf hin, dass im Rahmen des Weißbuchs der Bundeswehr die Beendigung der Nuklearen Teilhabe erreicht wird! Dies darf nicht erst mit der Ersetzung der Tornados in Büchel durch nicht atomwaffenfähige Euro-Fighter geschehen. Deutschland soll seinen Beitrag zur 2020 Vision der Bürgermeister für den Frieden leisten, denen allein in Deutschland über 300 Bürgermeister zugehören und deren Vorsitz Bürgermeister Akiba aus Hiroshima hat. Ein atomwaffenfreies Deutschland ist zudem ein erster Schritt zu einer atomwaffenfreien Zone in Europa, denn in Belgien haben z.B. bereits Senat und Parlament für den Abzug der dortigen US-Atomwaffen gestimmt.

Durch einen solchen Schritt wird die Verhandlungsposition Deutschlands zur nächsten Überprüfungs-konferenz und auch in Verhandlungen mit Ländern wie dem Iran gestärkt, weil wir aktive Schritte zur Abrüstung vorweisen könnten. **Wie wollen Sie in den nächsten Verhandlungen zum Atomwaffensperrvertrag rechtfertigen, dass die nukleare Teilhabe von Deutschland trotz des Abrüstungsgebotes fortgesetzt wird?**

Machen Sie es unserer Generation nicht unmöglich, die Abrüstung aller Atomwaffen zu erreichen, wenn Ihre Generation uns ein Erbe von fast 30.000 Atomwaffen hinterlassen wird? Der Fall Nordkorea zeigt, wie aktuell die Gefahr des nuklearen Wettrennens ist. Ohne ein funktionierendes Regime, das die Weiterverbreitung verhindert und die weltweite Abrüstung regelt, können wir diese schon jetzt schwierige Situation nicht mehr beheben.

**Schieben Sie diese Probleme nicht auf uns ab. Wir haben schon genug, was wir erben werden, dieses Erbe darf nicht in der Atomwaffengefahr gipfeln.**

**UnterzeichnerInnen:** Tobias Bollinger; 21; Ebersbach; Mitglied im europäischen Jugendnetzwerk für atomare Abrüstung BANG; Mitglied im Ortschaftsrat Ebersbach-Rosswalden • Paul Brette; 18; Mitglied der IPPNW und bei Jd/JL (JugenddemokratInnen/Junge Linke), Student • Inga Blum; 27; Hamburg; Mitglied in der Hamburger Studierendengruppe der Internationalen Ärzte zur Verhütung eines Atomkrieges (IPPNW) • Ines Al-Ameery; 24; IPPNW-Studierendengruppe Hamburg • Johannes Mader; 24; Schneverdingen; Mitglied der DFG-VK, der GAAA und bei ContrAtom • Hannah Buchter; 16; Renningen; Mitglied der Aktion Völkerrecht • Elena Schwan; 21; Köln; Mitglied bei yap-cfd (youth action for peace) • Sandra Friedrich; 21; Ellhofen; Kinderkirche; Attac; rage-S Hochschulgruppe • Michael Rösch; 23; Donauwörth; Mitglied im Jugendforum von der internationalen katholischen Friedensbewegung pax christi • Anne Smets; 26; Oststeinbek; Evangelische Studierendengemeinde (ESG) • Stefan Schmidtke; 17; Hamburg; Jungfreunde der Religiösen Gesellschaft der Freunde (Quäker) • Stephanie Stahlhut; 23; Dossenheim; Mitglied der NABU-Hochschulgruppe Heidelberg; Mitglied der Greenpeace-Gruppe Rhein-Neckar • Maren Emmerich; 23; Walldorf; Mitglied der NABU-Hochschulgruppe Heidelberg • Katja-Julie Wittmeier; 20; Frankfurt am Main; Mitglied der Naturfreundejugend Hessen und des Bundes Deutscher PfadfinderInnen • Franz X Danner; 29; Berlin; Internationaler Sekretär der Jusos in der SPD • Philipp Kramer; 20; Metzingen; Mitglied von NPT Youth Action und der SPD • Andre Knaus; 20; Salach; Pfadfinder DPSG, Mitglied von BANG und der SPD • Paula Riester; 22; für den gesamten Bundesvorstand der GRÜNEN JUGEND • Mareike Imken; 17; Röbel (Müritz); Sprecherin der Grünen Jugend Mecklenburg-Vorpommern; Mitglied von Bündnis90/Die Grünen • Matthias Münz; 24; Limburg an der Lahn; Mitglied des Kreisvorstandes der Grünen Jugend Limburg-Weilburg und der Grünen Jugend Hessen • Marcel Gießwein; 26; Schwelm; Mitglied der Grünen Jugend und bei B'90/Die Grünen; Ratsmitglied • Arne Brix; 29, Bundessprecher [solid] - die sozialistische jugend, Linkspartei.PDS • Bahattin Aslan, 29, Mitglied des [solid] - BundessprecherInnenrates • Alexander Grede; 20; Nierenstein; WASG-Mitglied im Kreisverband Freiburg • Sprecher der Landesfachkommission Jugend der WASG in Niedersachsen • Valéska Schulz; 23; Heidelberg; Junge Kammerphilharmonie Hessen • Sarah Gartelmann; 23; Göttingen; Studentin und Atomwaffengegnerin • Anna Thurner; 26; Weiterstadt; Studentin (Chemie-Diplom) • Melanie Dittrich; 24; Ebersbach; Studentin und Mutter • Elisa Teresa Elmer; 21; Lauterstein; Studentin • Lena Fey; 22; Bonn; Studentin • Anne-Mareike Weber; 23; Ebersbach; angehende Erzieherin • Simon Jung; 25; Stuttgart; Mitglied dieses Planeten • Anna-Lena Hoffmann; 23; Halle; Studentin • Alexandra Kollek; 21; Bochum; Studentin • Almut Maria Pilz; 25; Karlsruhe; Studium Musik und Französisch; z.Z. Praktikum an der deutschen Schule in Timisoara RO • Nora Langenbacher; 25; Berlin • Amara Palacios; 25; Buenos Aires • Liz Hoang; 22; Germering • Daniel Calladine; 22; Köln • Benno Malte Fuchs; 18; Köln • Susanne Bürker; 20; Würzburg • Mira Rogowski; 20; Köln • Dennis Marten; 20; Uslar v Daphne Brunkhorst; 16; Karlsruhe • Johanna Schorn; 21; Köln

Korea auf dem Weg zum Krieg?



**Jeongmin Kim**, eine südkoreanische Studentin aus Seoul, nahm am diesjährigen internationalen Workcamp der Pressehütte Mutlangen teil und wurde zur Atomwaffensituation auf der koreanischen Halbinsel befragt:

**Warum hast Du Dich für das Workcamp in Mutlangen entschieden?**

**Jeongmin:** Die Pressehütte arbeitet speziell für die Abschaffung von Atomwaffen. Korea ist das einzige zweigeteilte Land der Erde. Südkorea, wo ich lebe, leidet unter dem atomaren Problem Nordkoreas. Im Juli schoss Nordkorea Langstreckenraketen ab, die alle Länder um Nordkorea, natürlich auch Südkorea, nervös machten. Unsere Regierung handelte nicht weise und reagierte spät, wodurch sie die Kritik von Japan und den USA auf sich zog. Wenn diese Länder in Aktion treten, bedeutet dies definitiv Krieg auf der koreanischen Halbinsel. Am 9. Oktober folgte dann der Atomwaffentest Nordkoreas. Ein solches Handeln Nordkoreas könnte Japan und Taiwan Anlass geben, auch Atomwaffen zu entwickeln.

**Denken die meisten jungen Menschen in Südkorea wie Du?**

Nein, es gibt zwei Meinungen in der jungen Generation. Manchen Menschen ist das Thema Atomwaffen gleichgültig. Sie denken, dass die Atomwaffen Nordkoreas eines Tages, wenn wir wiedervereinigt sind, uns gehören werden. Für sie bedeutet eine Wiedervereinigung, dass wir durch die Atomwaffen eine starke Nation in der Welt sein werden. Sie bedenken nie die ökonomischen Probleme, das gesellschaftliche Chaos oder die Gesetzlosigkeit, die durch eine Wiedervereinigung entstehen könnten. Andere denken ähnlich wie ich. Sie sind besorgt über einen möglichen Krieg in unserem Land. Die Situation in Korea heute erinnert mich an sie Situation vor dem Angriff der USA auf den Irak 2002. Es ist furchtbar.

Übersetzung: jk ●

## Eine Ära geht zu Ende

Hannovers OB Schmalstieg verabschiedete sich nach 35 Jahren als dienstältester Bürgermeister Deutschlands aus seinem Amt. Das Engagement Schmalstiegs und Hannovers für den Frieden wurde in fast allen Reden erwähnt.

Vizekanzler Franz Müntefering und Frankfurts Oberbürgermeisterin Petra Roth als Vizepräsidentin des Städtetages erinnerten beide an die Mayors for Peace - Delegation, die zur Überprüfungskonferenz des Atomwaffensperrvertrages nach New York gereist war, wo OB Schmalstieg vor der UN-Generalversammlung gesprochen hatte. „Und die Welt hörte ihm zu“, lautete das überschwängliche Lob. Stadtkämmerer und zukünftiger OB Stephan Weil verwies auf die Städtepartnerschaft mit Hiroshima. Er versicherte beim anschließenden Empfang, dass er das Engagement Hannovers für den Frieden fortsetzen wolle. **wsh ●**



Das Foyer des Rathaus von Hannover war überfüllt

## Parteiengerangel verhindert ausreichend Zuspruch

Die beiden Grünen Europaabgeordneten Angelika Beer und Caroline Lucas hatten eine parlamentarische Initiative zum Abzug der US-Atomwaffen aus Europa gestartet. Eine so genannte ‚schriftliche Erklärung‘, die als offizieller Beschluss des Europa-Parlament gilt, wenn sie von einer Mehrheit der Europaabgeordneten unterzeichnet wird. Die schriftliche Erklärung scheiterte, da nur 75 Abgeordnete unterzeichneten fast ausnahmslos Grüne. Weder Liberale, noch Linke Abgeordnete unterstützten die Initiative, ob wohl ihre Parteien im Bundestag ähnliche Anträge eingebracht haben. **wsh ●**

# Regierung präsentiert das Weißbuch - Soldaten Totenköpfe

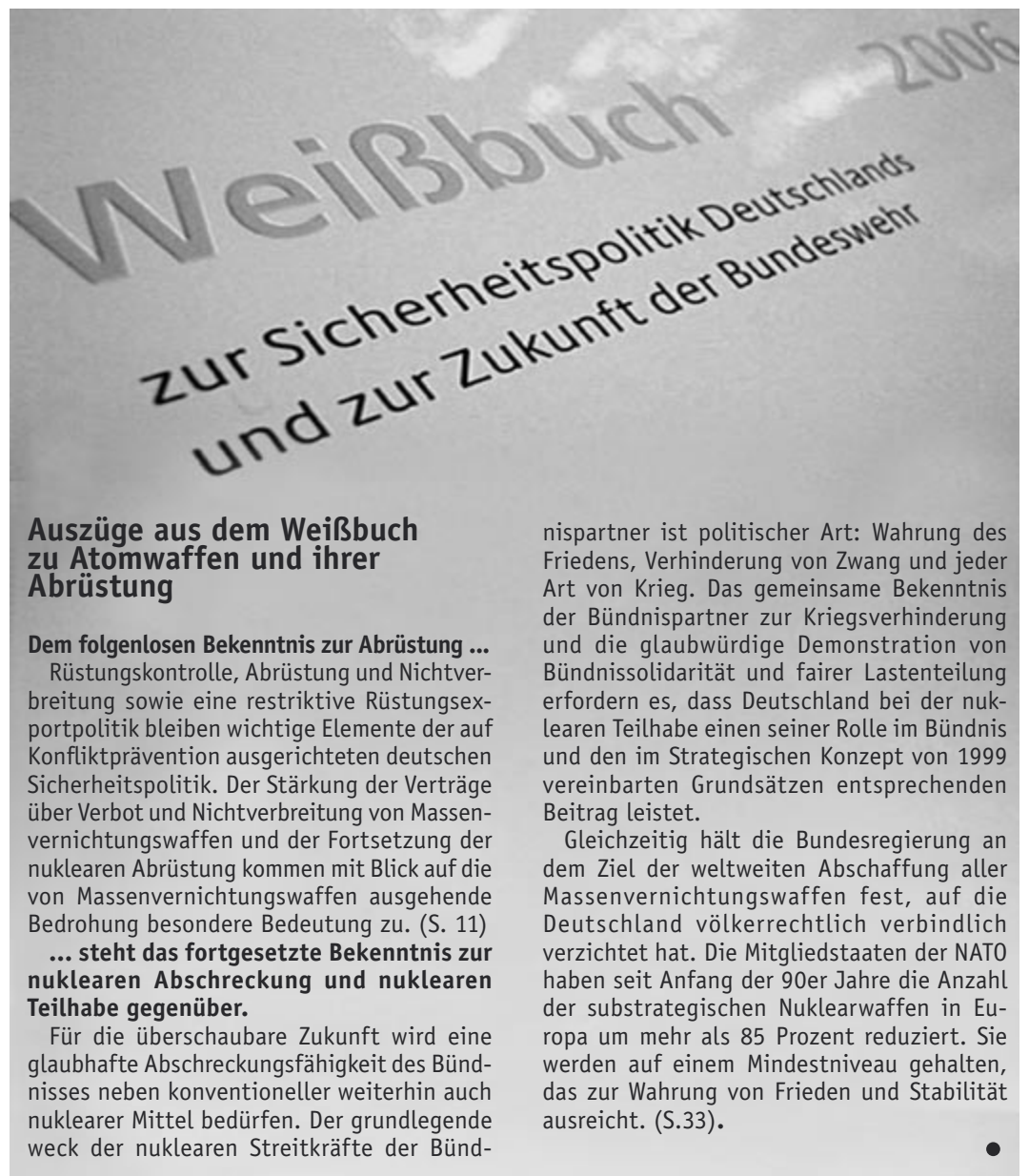
**Am 26.10 wollte die Bundesregierung mit dem neuen Weißbuch für die Bundeswehr im Mittelpunkt des Medieninteresses stehen, dem ersten nach 12 Jahren. Die große Koalition hatte es geschafft, sich im Kabinett auf einen Text zu einigen. Doch nicht diese vermeintliche politische Leistung, sondern das Fehlverhalten von deutschen Soldaten, die in Afghanistan mit Totenköpfen posierten, bestimmte die Schlagzeilen und auch die Debatte im Bundestag.**

Aber schlimmer als die Fotos der Bundeswehrsoldaten mit gefundenen Leichenteilen ist, dass NATO-Soldaten in Afghanistan bei ihren Angriffen töten, darunter viele Zivilisten. Solche Untaten werden jedoch nicht mit der gleichen Empörung im Bundestag thematisiert. Stattdessen manifestiert das Weißbuch: die Bundeswehr wird von einer Verteidigungsarmee zur angriffsfähigen Kriegstruppe umstrukturiert.

Der Weißbuchentwurf von Verteidigungsminister Jung wurde zwar im Rahmen einer nicht öffentlichen Abstimmung im Kabinett

abgemildert: alle in der großen Koalition strittigen Passagen wurden entschärft oder gestrichen. Eine zukunftsweisende Konzeption wurde das Weißbuch dadurch nicht, sondern eher ein Dokument der Widersprüche und der vermiedenen inhaltlichen Auseinandersetzung, und die falsche Grundrichtung bleibt. Das Weißbuch ist geschrieben, die politische Diskussion vertagt.

Die Bilder der Soldaten mit den Totenköpfen aus Afghanistan symbolisieren die Realität des Krieges: Soldaten töten. Wer nicht will, dass Soldaten potentielle Mörder werden, darf sie nicht in den „Krieg gegen den Terror“ schicken. Wer nicht will, dass Soldaten potentielle Massenmörder sind, darf sie nicht den Einsatz von Atomwaffen üben lassen. Damit den ins Weißbuch alibihaft aufgenommenen Schlagwörtern von Abrüstung und ziviler Krisenprävention Taten folgen, müssen die Opposition im Bundestag und die Friedensbewegung in der Gesellschaft kämpfen. Wer Frieden will, braucht eine zivile Krisenpolitik. **wsh ●**



## Auszüge aus dem Weißbuch zu Atomwaffen und ihrer Abrüstung

### Dem folgenlosen Bekenntnis zur Abrüstung ...

Rüstungskontrolle, Abrüstung und Nichtverbreitung sowie eine restriktive Rüstungsexportpolitik bleiben wichtige Elemente der auf Konfliktprävention ausgerichteten deutschen Sicherheitspolitik. Der Stärkung der Verträge über Verbot und Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen und der Fortsetzung der nuklearen Abrüstung kommen mit Blick auf die von Massenvernichtungswaffen ausgehende Bedrohung besondere Bedeutung zu. (S. 11)

### ... steht das fortgesetzte Bekenntnis zur nuklearen Abschreckung und nuklearen Teilhabe gegenüber.

Für die überschaubare Zukunft wird eine glaubhafte Abschreckungsfähigkeit des Bündnisses neben konventioneller weiterhin auch nuklearer Mittel bedürfen. Der grundlegende weck der nuklearen Streitkräfte der Bünd-

nispartner ist politischer Art: Wahrung des Friedens, Verhinderung von Zwang und jeder Art von Krieg. Das gemeinsame Bekenntnis der Bündnispartner zur Kriegsverhinderung und die glaubwürdige Demonstration von Bündnissolidarität und fairer Lastenteilung erfordern es, dass Deutschland bei der nuklearen Teilhabe einen seiner Rolle im Bündnis und den im Strategischen Konzept von 1999 vereinbarten Grundsätzen entsprechenden Beitrag leistet.

Gleichzeitig hält die Bundesregierung an dem Ziel der weltweiten Abschaffung aller Massenvernichtungswaffen fest, auf die Deutschland völkerrechtlich verbindlich verzichtet hat. Die Mitgliedstaaten der NATO haben seit Anfang der 90er Jahre die Anzahl der substrategischen Nuklearwaffen in Europa um mehr als 85 Prozent reduziert. Sie werden auf einem Mindestniveau gehalten, das zur Wahrung von Frieden und Stabilität ausreicht. (S.33).

# „Die Schule läuft nebenher!“

**Abrüstung und Friede gehören zu Nina Eisenhardts Wünschen und Zielen. Die 11-Klässlerin aus Leonberg bei Stuttgart setzt sich dafür ein.**

Schon lange interessierte sich Nina für Atomwaffen und ihre Geschichte, für das Völkerrecht wie für die UNO und informierte sich darüber. Im Oktober 2004 packte sie dann das „Aktiven-Fieber“. Damals hörte sie von der Aktion Völkerrecht an Heidelberger Schulen und suchte daraufhin auch an ihrer Schule nach motivierten Leuten zur Mithilfe.

Inzwischen sind „die Renninger“ fleißig am Planen und Organisieren. Im dortigen Gymnasium entstehen laufend neue Aktionen. Im Moment arbeitet Nina z.B. an der Entstehung eines „EineWelt Ladens“.

Nina weiß genau, was sie will. Lieblingsstudienfach: Internationale Beziehungen. Für den

Frieden muss, laut Nina, bei den Unterschieden von Nord und Süd angesetzt werden.

Nina kommt herum. Außer in Wien und Japan war sie auch schon in New York bei der Überprüfungskonferenz des Nichtverbreitungsvertrages dabei, um von Politikern die Abrüstung der Atomwaffen zu fordern.

**Drei Generationen:**  
**Lotte Rodi, Julia Kramer**  
**und Nina Eisenhardt**  
*Bild: Pressehütte wsh*



Dass sie meistens die Jüngste ist, fällt nicht mehr auf, wenn die 16-jährige einmal anfängt, ihr Wissen über Atomwaffen preiszugeben.

Ninas beeindruckendstes Erlebnis war, einer Überlebenden der Atombombenabwürfe in Japan zuzuhören. „Sie hat uns die schrecklichsten Dinge erzählt, die ich je gehört habe, und sie hat uns trotzdem so viel Mut gemacht. Mut uns zu engagieren, Mut weiter zu machen und etwas zu unternehmen.“

Nina hat diesen Mut. Man kann ihr nur wünschen, dass sie ihrem Ziel - Menschen die unter Unterdrückung, Krieg und Armut leiden, zu helfen, und Einzelschicksale positiv mitzubestimmen - jeden Tag ein Stück näher kommt.

**Sofie Mikosch ●**

*Tobias und Nina schreiben über die Aktionsreise*  
*Bild: Pressehütte wsh*



## Ein ganz besonderer „Mutlanger Bußtag“ im Kloster der Franziskanerinnen

**Lotte Rodis 75. Geburtstag am 22.11.2006, der traditionelle Bußtagsgottesdienst des Ökumenischen Forums im Kloster der Franziskanerinnen in Schwäbisch Gmünd und eine noch lebendige Erinnerung an die Mutlanger Bußtage während der Zeit der Stationierung der Pershings II auf der Mutlanger Heide ergaben eine beeindruckende Symbiose.**

Es begann mit einem Geburtstagsempfang in den schönen und von den Franziskanerinnen liebevoll hergerichteten Räumen des Klosters. Viele Gratulanten, Prominenz aus Kirche, Politik, Stadtverwaltung und Kultur, ältere und jüngere Weggefährten scharten sich um die „Mutter

der Gmünder Friedensbewegung“. In einem visionären Rückblick aus dem Jahr 2020, dem magischen Datum einer Welt ohne Atomwaffen, ließ Wolfgang Schlupp-Hauck Lotte Rodis bisherige Friedensarbeit und ihre mit Hoffnung und Sehnsüchten verbundene zukünftige Tätigkeit Revue passieren und band geschickt alle Festredner ein.

Dekane beider Kirchen, SPD-Oberbürgermeister und Mutlangens Bürgermeister, CDU-Landtagsabgeordneter, friedensbewegte Wegbegleiter, ja auch der strenge Richter der Blockadeprozesse von einst waren anwesend. Ist die Gmünder/Mutlanger Friedensbewegung bei den Menschen angekommen, für die sie seit annähernd 25 Jahren arbeitet? Es sah fast so aus. Lotte Rodi ist eine Brückenbauerin.

Nach dem anschließenden Bußtagsgottesdienst hielt Professor Ernst Schwarcz aus Wien - Ehrenvorsitzender des Internationalen Versöhnungsbundes in Österreich und Quäker - die Festansprache zum Thema „Zeitenwende - die veränderten Gefahren - Wie kann nukleare Abrüstung und wie kann Frieden im Nahen Osten gelingen?“

**Ilse Munding ●**

*Der Landtagsabgeordnete Scheffold gratuliert*  
*Bild: Johannes Rodi*



**Ein unermüdlicher Pazifist: Ernst Schwarcz**

Einmal monatlich trifft sich in der UNO Wien das Vienna NGO-Komitee for Peace.

Alle treibt der Friedensgedanke um und sie engagieren sich in der Wiener UNO City dafür, dass der pazifistische Standpunkt in die dort statt findenden Verhandlungen eingebracht wird. Friedenspolitik ist für die meisten eine Lebensaufgabe. Zu der Runde gehört Ernst Schwarcz, Ehrenvorsitzender des Internationalen Versöhnungsbundes. Er wurde 1923 in Wien in einer jüdischen Familie geboren. Als Jugendlicher floh er vor dem Hitler-Regime und lebte von 1939 bis 1946 in Schweden. Er hat dort die Bedeutung des Friedensgedankens entdeckt und hat als 20-jähriger an Trainingskursen für den materiellen und geistigen Wiederaufbau Europas nach dem Zweiten Weltkrieg teilgenommen.

1946 kehrte er nach Österreich zurück. Im Rahmen des „Internationalen Zivildienstes für den Frieden“ und später als Chef des Senses-Verlages Wien setzte er sich für das Ideal der Gewaltfreiheit ein. „Nur wer sich ausführlich mit den heute bestehenden Gefahren auseinandersetzt, kann abschätzen wie gefährlich die akute Bedrohung der ganzen Menschheit durch die vorhandenen Massenvernichtungswaffen ist,“ sagt Ernst Schwarcz und nimmt daher auch heute noch an der praktischen Friedensarbeit teil.

Er traf sich mit der Aktionsreise der Pressehütte Mutlangen im Frühjahr. Aus den daraus entstandenen Kontakten kam er nach Wetzlar zur Jahrestagung der GAAA, hielt in Wiesloch einen Vortrag und warb mit örtlich ansässigen Friedensbewegten den Oberbürgermeister für den Beitritt zu Mayors for Peace.

Ernst Schwarcz hat im Jahr 2005 das Buch „Zeitenwende“ veröffentlicht. Es kann in der Pressehütte oder im Buchhandel bezogen werden. ISBN 3-89688-264-3 agenda Verlag. **wsh ●**

## Impressum

FreiRaum.

Für eine Welt ohne  
Atom- und Uranwaffen.  
Für die friedliche Nutzung  
des Weltraums.

Erscheint vierteljährlich

Auflage: 2200

Herausgeber:  
Gewaltfreie Aktion  
Atomwaffen Abschaffen GAAA  
Hausmannstrasse 6  
70188 Stuttgart  
Tel. 07 11 - 21 55 112  
Fax 07 11 - 21 55 214  
Internationales  
Marion Küpker  
Bürozeiten:  
Wochentags 10.00 - 13.00 Uhr  
Tel. 040 - 430 73 32

Pressehütte Mutlangen  
Friedens- und Begegnungsstätte  
Mutlangen e.V.  
Forststraße 3  
73557 Mutlangen  
Tel./Fax 0 71 71 - 75 66 1  
www.pressehuette.de  
post@pressehuette.de

Einzelheft: Euro 3,-€ plus Porto

Jahresabonnement:  
Euro 12,-€ plus Porto

Für Mitglieder der Friedens- und  
Begegnungsstätte Mutlangen e.V. und  
der Friedenswerkstatt Mutlangen e.V.  
ist der Bezug im Mitglieds-  
beitrag enthalten.

Bankverbindung:  
nur für Abo-Gebühren:  
Friedens- und Begegnungsstätte -  
FreiRaum  
Raiffeisenbank Mutlangen  
BLZ 613 619 75, Konto: 55628010  
für steuerabzugsfähige Spenden:  
Friedenswerkstatt Mutlangen e.V.  
Kreissparkasse Ostalb  
BLZ 614 500 50, Konto: 800268499  
Stichwort: Spende FreiRaum  
Bitte vollständige Adresse angeben!

Redaktion:  
Roland Blach (rob)  
Tel. 07 11 - 21 55 112  
e-Mail: gaaa@paritaet-bw.de  
Marion Küpker (mk)  
Tel. 040 - 430 73 32  
e-Mail: mariongaaa@gmx.de  
Julia Kramer (jk)  
Tel. 0711/6337776  
e-mail: j.kramer@gmx.de  
V.i.S.d.P  
Wolfgang Schlupp-Hauck (wsh),  
Tel. 0 71 71 - 18 20 57  
e-Mail: redaktion@pressehuette.de

Namentlich gekennzeichnete  
Beiträge geben nicht unbedingt  
die Meinung der Redaktion wieder.

Layout/Satz: db  
Druck: GUS-Druck GmbH  
70180 Stuttgart,  
Tel. 07 11 - 60 03 45

www.pressehuette.de • www.gaaa.org • www.uranwaffenkonferenz.de • www.atomwaffenfrei.de

Friedens- und Begegnungsstätte Mutlangen e.V.  
Forststr. 3, 73557 Mutlangen  
Postvertriebsstück E 59198 – Deutsche Post AG – Gebühr bezahlt

## Termine:

### 22. bis 24. März

Darmstadt: Jahrestagung Global Network Against  
Weapons and Nuclear Power in Sapce  
[www.space4peace.org](http://www.space4peace.org)

### 30. April bis 11. Mai

Wien: NGO Aktivitäten zur NPT PrepCom (Kommission  
zum nuklearer Nichtverbreitungsvertrag)  
[www.reachingcriticalwill.org](http://www.reachingcriticalwill.org)

### 2. Juni

Rostock: [grobe Vorplanung] (große, internationale)  
Demonstration gegen den G8-Gipfel in Heiligen-  
damm, VA: G8-NGO-Plattform

### 2.-8. Juni

Rostock+Umgebung: [grobe Vorplanung] Camp zum  
/ gegen den G8 Gipfel in Heiligendamm

### 4. bis 7. Juni:

Rostock+Umgebung: [grobe Vorplanung] Aktionen  
Zivilen Ungehorsams / Blockadeaktion(en) zum G8  
Gipfel, erstes Vorstellungsflyerblatt: [http://gip-  
felsoli.org/Inhalt+Theorie/Blockadeaufruf.pdf](http://gipfelsoli.org/Inhalt+Theorie/Blockadeaufruf.pdf),  
allg. Infos: [http://www.g8-2007.de/content/  
view/18/lang/de/](http://www.g8-2007.de/content/<br/>view/18/lang/de/)

### 5. Juni

Rostock-Laage: [grobe Vorplanung] Aktionstag am  
(Militär-)Flughafen Rostock-Laage  
[<http://www.jg73.de>], VA: Friedensgruppen

### 2. September

Büchel: 6. Umrundung des Atomwaffenlagers Büchel,  
VA: Initiativkreis gegen Atomwaffen  
Kontakt: Initiativkreis gegen Atomwaffen,  
Pfarrer Dr. Matthias Engelke, Tel.: 02153/121989,  
[inigmatowaffen@web.de](mailto:inigmatowaffen@web.de), [www.gaaa.org](http://www.gaaa.org)

### 7. bis 9. Dezember

Mutlangen:  
Symposium 20 Jahre INF-Vertrag in Mutlangen  
Kontakt: Friedenswerkstatt Mutlangen ,  
Forststr. 3, 73577 Mutlangen, Tel.: 07171/75661,  
Fax: 07171/75661, [post@pressehuette.de](mailto:post@pressehuette.de),  
[www.pressehuette.de](http://www.pressehuette.de)

**Auch für 2007:  
Der FreiRaum braucht  
Ihre Unterstützung!**

Wir hoffen Sie waren 2006 mit unserer  
Informationsarbeit zufrieden. Wir freuen  
uns, wenn Sie dies zu einer Spende ver-  
anlasst. Wir brauchen Ihre Unterstützung,  
dass wir nicht mit einem Minus ins neue  
Jahr starten.

- Wir bitten Sie, suchen Sie neue  
LeserInnen für den FreiRaum.
- Wir erwarten Ihre Leserbriefe,  
Ihre Anregungen und Kritik.

Wir wünschen allen FreiRaum-LeserInnen  
einen guten Start ins Neue Jahr!



Gewaltfreie Aktion  
Atomwaffen Abschaffen



Pressehütte

# MitfahrerInnen gesucht: Fahrradstaffete für nukleare Abrüstung vom EUCOM zur UNO

Wir wollen mit dem Fahrrad vom EUCOM  
in Stuttgart nach Wien zur UNO fahren.

Wir suchen MitfahrerInnen für Teilstücke.  
Wir wollen unterwegs Mayor for Peace-  
Städte besuchen, andernorts für den  
Beitritt werben und Druck machen für  
die Abschaffung der Atomwaffen.

In Wien wollen wir zum Auftakt der  
PrepCom des nuklearen Nichtverbreitungs-  
vertrages ankommen.

Frühester Starttermin ist Ostern  
mit dem Ostermarsch,  
Ankunft in Wien am 28. April.

Wer Interesse hat, meldet sich bei:  
Uwe Glund, Telefon 07172 7450,  
e-Mail: [helifax@web.de](mailto:helifax@web.de)

### Vorläufige Routenplanung:

Etappe	Strecke	Entfernung ca.
1+2	Eucom Stuttgart - Ulm	130 km
3+4	Ulm - Augsburg	100 km
5	Augsburg - München	90 km
6+7	München - Salzburg	180 km
8+9	Salzburg - Linz	160 km
10,11+12	Linz - Wien, UNO	240 km
		Gesamt 1.200 km

### Alternative, zusätzliche Routen

1+2	Eucom Stuttgart - Nürnberg	150 km
3+4	Nürnberg, Regensburg od. Ingolstadt, München	130 km